

Boris Palmer

Das Programm für Tübingen.



Ideen finden Stadt
Offen. Ökologisch. Tüpisch.

Vorwort

Tübingen ist ein schöner Ort zum Leben. Eine weltoffene und tolerante Bürgerschaft, das vielfältige kulturelle Angebot, die Universität mit den Kliniken, gute Schulen und interessante Arbeitsplätze, lebendige Teilorte, die historische Altstadt, die zum Ausgehen, Einkaufen und Verweilen einlädt; die Lage mitten in einer abwechslungsreichen Landschaft: die Nähe zu Alb, Schwarzwald und Bodensee, die Landeshauptstadt vor der Haustür – all das macht unsere Stadt für immer mehr Menschen so attraktiv.

Doch wir stehen in Tübingen auch vor großen Aufgaben. Uns fehlt erschwinglicher Wohnraum und Geld in der Stadtkasse. Schulen, Sportanlagen und Verwaltungsgebäude müssten dringend saniert werden. Noch immer fehlen Betreuungsplätze für Kleinkinder. Auch in Tübingen wachsen zugleich Armut und Wohlstand. Auch bei uns bilden sich Gruppen von Migrantenkindern, die sich ausgeschlossen fühlen und abschotten.

Unweit der Altstadt warten, vom Bahnhofplatz über das Zinser-Dreieck und die Ruine an der „Blauen Brücke“ bis zum „Depot“, große städtebauliche Aufgaben auf eine überzeugende Lösung. Eine Reihe alter Industrie-Areale ist seit vielen Jahren ungenutzt. Die Schadstoffbelastung der Atemluft in der Stadt überschreitet die Grenzwerte und der Verkehr beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Menschen. Auch in Tübingen leben wir als Stadtgesellschaft auf Kosten nachfolgender Generationen und strapazieren die Erde über das verträgliche Maß.

Der Handel in der Altstadt sieht sich einem starken Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Die Wirtschaftsförderung bringt bislang nicht die gewünschten Erfolge.

Wer diese und viele weitere Aufgaben angehen will, braucht in Tübingen Ideen, Mut, Durchsetzungskraft und die Fähigkeit, Menschen zu motivieren. In unserer kleinen Stadt gibt es unglaublich viele kreative und engagierte Menschen. Sie zusammenzubringen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, ist der Schlüssel zum Erfolg. Früher hieß es, Tü-

bingen sei unregierbar. Das hat nie gestimmt. Heute wird Tübingen regiert. Doch leider viel zu oft über die Köpfe der Menschen hinweg. Lassen Sie uns gemeinsam die anstehenden Aufgaben anpacken! Ich möchte ein Oberbürgermeister sein, der für Ihre Vorschläge und Einwände, Ihre Sorgen und Wünsche da ist und sich für bürgerfreundliche Lösungen einsetzt. Ich möchte mit Ihnen zusammen den besten Weg in der Stadtpolitik suchen. „Global denken – lokal handeln“: Dieser Leitsatz hat mich geprägt. Was im Kleinen wächst, kann Großes bewirken. Solch ein Wachstum von Initiativen, Engagement und Ideen zu bestärken, ist für mich der Kern von Kommunalpolitik.

Mein Wahlprogramm – zehn Kapitel für Tübingens gemeinsame Zukunft

Die Kommunalpolitik bestimmen Bürgerschaft, Gemeinderat und Stadtverwaltung gemeinsam. Die Wahl des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin ist deshalb keine Abstimmung über eine Auflistung von Einzelpunkten, sondern eine Entscheidung für eine Persönlichkeit und eine politische Grundrichtung.

Mein Wahlprogramm ist folglich kein vollständiger Katalog der aktuellen Fragestellungen in der Tübinger Kommunalpolitik. Vielmehr will ich Ihnen an zehn Themenfeldern aufzeigen, wie ich die anstehenden Aufgaben grundsätzlich angehen möchte und wofür ich stehe. Nehmen Sie sich bitte etwas Zeit für die Lektüre. OB-Wahlen gibt es nur alle acht Jahre.

Mein Dank gilt den über 300 Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, die mir durch Anregungen, Ideen und Kritik geholfen haben, dieses Programm zu verfassen.



Ihr Boris Palmer



1. Stadtentwicklung: Platz zum Wohnen, Arbeiten und Leben

Die Herausforderung:

Wer in Tübingen eine Wohnung sucht, hat schlechte Karten. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware – zur Miete genauso wie als Eigentum. Und die Nachfrage steigt weiter: Die Universität rechnet in wenigen Jahren mit 5.000 zusätzlichen Studierenden. Das einzige größere Baugebiet, das in der Amtszeit von OB Russ-Scherer hinzukam, das Mühlenviertel, ist schon zum Verkaufsstart dreifach überbucht.

In der Konsequenz ziehen immer mehr Menschen ins Umland, obwohl sie lieber in der Stadt bleiben. In den letzten 15 Jahren sind die übrigen Gemeinden im Kreis Tübingen um fast 20% oder 20.000 Köpfe gewachsen, während in der Stadt heute nicht mehr Menschen wohnen als damals.

Diese Entwicklung ist alarmierend! Vor allem junge Familien sind gezwungen, Tübingen zu verlassen – und kehren häufig als Autopendler zurück. Die Neubaugebiete in Offerdingen, Dußlingen oder Hirrlingen fressen sich in die Landschaft, die Staus auf den Straßen werden länger, die Umweltzerstörung wächst. Tübingen gehen Bürgerinnen und Bürger und mit ihnen Lebendigkeit, Kaufkraft und Steuereinnahmen verloren.

Dabei gibt es in Tübingen große ungenutzte Flächen, die die Stadt verunstalten. Ehemalige Industrieareale wie *Egeria* und *Queck* in Lustnau oder das riesige Gelände des alten Güterbahnhofs werden nie wieder ihren alten Zweck erfüllen. Um dort Neues entstehen zu lassen, müssen wir uns beeilen, sonst findet das nur noch bis 2020 zu erwartende Bevölkerungswachstum weiterhin außerhalb der Stadtgrenzen statt. Wenn die Wohnungen erst im Umland gebaut sind, wird es keinen Bedarf und kein Geld mehr geben, die Tübinger Altflächen zu nutzen.

Ebenso wichtig sind der Erhalt und die Belebung bestehender Quartiere. Auf dem Herrlesberg wohnt es sich gut, aber für ein lebendiges Quartier fehlt es an Infrastruktur: an Orten der Begegnung, an Einkaufsmöglichkeiten und an Arbeitsplätzen. In den Teilorten

sind bestehende Strukturen, insbesondere im Handel, gefährdet und müssen gestärkt oder wieder aufgebaut werden.

Das Programm für Tübingen:

Tübingen hat mit der Südstadtentwicklung europaweit Aufmerksamkeit erregt. Auf alten Kasernengeländen entstanden neue Quartiere. Kennzeichnend für dieses Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ sind eine lebendige Mischung aus Arbeiten und Einkaufen, Wohnen und Freizeit, die Gestaltung des öffentlichen Raums als Ort von Spiel und Begegnung, die soziale Vielfalt, ein Konzept zur Minimierung des Autoverkehrs, geringer Energieverbrauch – und das alles bei hoher baulicher Dichte. Diese Kompaktheit wird gelegentlich kritisiert, ist aber die Voraussetzung dafür, dass sich ein Leben im Quartier mit Kneipen, Lokalen und Geschäften überhaupt entwickeln kann.

Im Loretto und im Französischen Viertel fanden mehr als 3.000 Menschen eine Wohnung, über 700 Arbeitsplätze wurden angesiedelt. Und dafür musste kein Quadratmeter Natur geopfert werden: All das entstand auf Brachflächen. An dieses Erfolgsprojekt müssen wir anknüpfen.

Das Südstadtprojekt, das bislang nur zu 40% realisiert ist, muss entsprechend dem Rahmenplan weiter vorangetrieben werden: Die größte Brache in der Stadt ist der ehemalige Güterbahnhof – das muss im nächsten Schritt angepackt werden. Als OB will ich weiter darauf drängen, dass bei der B 27 keine Zeit mehr verschenkt wird. Je eher der Tunnel in Betrieb geht, desto schneller kann die Südstadt zusammenwachsen.

In Lustnau kann auf den ehemaligen Betriebsgeländen von *Queck* und *Egeria* gebaut werden. In Derendingen können wir entlang der Konrad-Adenauer-Straße und in den Mühlbachäckern große landeseigene Flächen neu nutzen. In der Weststadt, entlang der Ammertalbahn bis hin zum städtischen Bauhof, am ehemaligen Schlachthof und am heutigen Technischen Rathaus liegen weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt.

Den politischen Willen, Gestaltungskraft und Verhandlungsgeschick vorausgesetzt, lassen sich die Probleme bei der Aktivierung von

Brachflächen überwinden. Leider hat die Stadt das in den letzten Jahren gar nicht versucht: Das Rechtsinstrument des städtebaulichen Entwicklungsbereichs wird nicht eingesetzt. Die städtische Grundstücksgesellschaft und das Stadt-sanierungsamt sind nicht in der Lage, mehr als ein Projekt von der Größe des Mühlenviertels gleichzeitig zu stemmen.

Ich will deshalb städtebauliche Entwicklungsbereiche auf den Brachflächen ausweisen und die städtische Grundstücksgesellschaft sowie das Stadt-sanierungsamt mit zusätzlichem Personal und Budget für den Einkauf externer Leistungen und Kapital zum Grunderwerb ausstatten. So wird es gelingen, allen ein Angebot zu machen, die am Bauen auf derartigen Flächen interessiert sind. Dann erübrigt sich die Diskussion über ein großes Neubaugebiet auf Äckern und Wiesen jenseits der Bahnlinie in Derendingen (das sogenannte „Ecocity-Projekt“ im Saiben).

Wenn Tübingen den Ausweg in die freie Landschaft wählt, werden dies die Gemeinden um uns herum als Rechtfertigung für die Ausweisung weiterer Baugebiete aufgreifen. Ich will deshalb entschlossen Brachflächen aktivieren und den Saiben als stadtnahen Grünbereich, Frischluftschneise und zur Grundwasserneubildung erhalten.

Für die Vergabe der Baugrundstücke hat sich bereits ein sehr gutes Verfahren eingestellt: Der Preis steht fest, den Zuschlag erhalten die Bauwilligen mit dem besten Konzept. Baugemeinschaften werden Investorenmodellen vorgezogen. In Zukunft soll dabei noch stärker auf das Zusammenleben mehrerer Generationen und soziale Faktoren geachtet werden. Zudem sollte das Energiekonzept neuer Quartiere von Beginn an auf solare Wärmeversorgung ausgerichtet sein.

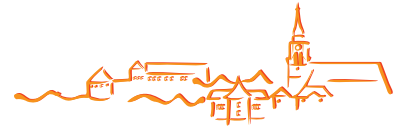
Von einem bedarfsdeckenden Angebot an Bauflächen für Stadthäuser profitiert auch der Mietwohnungsmarkt: Häufig räumen Mitglieder von Baugemeinschaften eine Mietwohnung, wenn sie in ihr neues Eigentum ziehen. Die Stadt muss in Zukunft allerdings auch dafür sorgen, dass die Mietpreisbindung in Bereichen der Stadtentwicklung tatsächlich

eingehalten wird. Die Erstellung eines Mietspiegels halte ich zumindest für Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern für sinnvoll, damit Mieter eine Grundlage bekommen, sich gegen überzogene Mietforderungen zu wehren. Für den zusätzlichen Bedarf an Wohnraum für Studierende sollten Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. Die Erstvermietung von Wohnraum im Baubestand sollte die Stadt durch eine Servicestelle erleichtern.

Bestehende Quartiere durch Nutzungsmischung lebendiger werden zu lassen und vorhandene Nutzungsvielfalt zu erhalten, muss für die Stadtentwicklung so wichtig werden wie die Gestaltung neuer Quartiere. Gerade für ältere Menschen ist es wichtig, ihre alltäglichen Bedürfnisse vor Ort befriedigen zu können. Vorbildliche Initiativen wie der Dorfladen in Pfrondorf verdienen Nachahmung, wenn die Versorgung mit Lebensmitteln im Ort nicht anders gesichert werden kann. In Waldhäuser Ost sollte mit der Bürgerschaft über Möglichkeiten zur Quartier-Aufwertung diskutiert werden, etwa durch einen Rückbau der Zufahrt zum Berliner Ring und die Ansiedlung fehlender Funktionen auf frei werdenden Bauflächen. Dafür will ich den Diskussionsprozess der „Planungswerkstatt“ aufgreifen und schnell entsprechende Maßnahmen einleiten. Grundsätzlich werde ich bei künftigen städtebaulichen Aufgaben von der Planungshoheit einer Kommune in weit größerem Umfang Gebrauch machen. Planungswettbewerbe sollen die Regel sein.

Der neu eingerichtete Gestaltungsbeirat soll nicht nur mit bereits fortgeschrittenen Planungen konfrontiert werden, sondern muss sich so früh wie möglich mit den anstehenden Planungsaufgaben und Planungsverfahren befassen.

Mein Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 in der Stadt Wohnraum für 10.000 Menschen zu schaffen – zum allergrößten Teil auf den heutigen Brachflächen. So könnten wir den dringendsten und elementarsten Mangel in der Stadt beheben und Tübingen als Modellstadt für modernen Städtebau international weiter etablieren.



Ziele und Projekte:

- Wer in Tübingen leben will, wird hier eine bezahlbare Wohnung zur Miete oder als Eigentum finden.
- Tübingen stellt sich der Herausforderung, bis 2020 zusätzlich Wohnraum und Arbeitsplätze für 10.000 Menschen entstehen zu lassen.
- Tübingen macht aus ungenutzten Flächen Bauland und bewahrt seine Naturräume vor weiterer Bebauung.
- In Tübingen können Menschen in ihren Quartieren alles zu Fuß erreichen - durch eine Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit.
- Tübingen macht die „Stadt der kurzen Wege“ zur Leitlinie seiner Entwicklung und verbessert gezielt die Nutzungsmischung in alten wie in neuen Quartieren.
- Tübingen verstößt nicht mehr fundamental gegen seine Entwicklungsziele – wie bei der Umsiedlung von Landratsamt und Kreissparkasse an die Peripherie geschehen und am „Depot“ schon wieder geplant.
- Tübingen weist auf Brachflächen neue städtebauliche Entwicklungsbereiche aus und beschleunigt deren Realisierung.

2. Kinderfreundliches Tübingen: Eine Chance für alle

Die Herausforderung:

Die offenkundige Bedeutung von Kindern für die Zukunft einer Gesellschaft haben wir in Deutschland erstaunlich spät entdeckt. Familien mit Kindern sind zu einer Minderheit geworden. In nur noch 15% aller Tübinger Haushalte leben Kinder! Die Gründe dafür sind vielschichtig, doch sie liegen auch im unmittelbaren Lebensumfeld, in der Kommune.

Bis vor kurzem mussten junge Eltern sich zu Vereinen zusammenschließen und viel Geld und Zeit in Kleinkind-Betreuungsgruppen investieren, wenn sie nicht mit Arbeit oder Studium bis zum dritten Geburtstag des jüngsten Kindes warten wollten. Auch das ist ein Grund, warum die Hälfte aller Tübinger Eltern kein zweites Kind bekommen hat. Noch immer gibt es einen Mangel an Kleinkind-Betreuungsangeboten. Die Umsetzung des „Orientierungsplanes für Bildung und Erziehung“ in den Kindergärten kommt nur schleppend voran. Es fehlt an Qualifizierungsmöglichkeiten für die Erzieherinnen und Erzieher. Die Betreuungsschlüssel liegen knapp über den Mindestanforderungen.

Mit der Schulpflicht beginnen oft neue Betreuungsprobleme. Die Angebote in den Schulferien reichen nicht aus. Wirkliche Ganztageschulen genehmigt das Kultusministerium bisher nur an Schulen in sozialen Brennpunkten, der Aufbau von offenen Ganztageschulen mit Vereinsangeboten erfordert noch viele Anstrengungen.

Auch in Tübingen entscheidet die soziale Herkunft über die Bildungschancen von Kindern. Auch in Tübingen sind soziale Abschottung, Bildung von Problemgruppen und Desintegrationerscheinungen im gegliederten Schulsystem zu beobachten. Wir beklagen den Kindermangel und lassen doch zu, dass viele Kinder ihre Begabungen nicht entfalten können. Viele Vereinsangebote werden vor allem von den wohlhabenden und gebildeten Schichten genutzt. Kinder mit Behinderungen dürfen nur selten Regelschulen besuchen.

Bei der Suche nach preiswertem Wohnraum tun sich Familien besonders schwer. Die

Straßen gehören auch in Wohngebieten eher den Autos als den Kindern. Wohnungsnahe Spielmöglichkeiten sind nicht immer vorhanden oder nicht attraktiv. Jugendlichen fehlt es an geeigneten Treffpunkten mit und ohne Aufsicht.

Das Programm für Tübingen

Ob junge Menschen sich einen Kinderwunsch erfüllen können, hängt in der heutigen Arbeitswelt häufig von der Verfügbarkeit guter Betreuungs- und Bildungsangebote ab. Das gilt in einer Stadt mit einem großen Anteil hervorragend ausgebildeter Frauen ganz besonders. Ich will als Oberbürgermeister dafür sorgen, dass die Stadt vom Jahr 2008 an allen Eltern, die dies wollen, eine Garantie für einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag ihres Kindes geben kann. Die Stadt muss versuchen, Eltern im eigenen Stadtteil einen Betreuungsplatz anzubieten, damit der Hol- und Bring-Service den Tagesablauf nicht zum Dauerstress macht.

Ein solcher Betreuungsplatz kann in altersgemischten Gruppen, bei Tageseltern, bei städtischen oder freien Einrichtungen als Ganztags- oder Teilzeitplatz angeboten werden. Die Stadt sorgt für die Angebotsgarantie und lässt den Eltern die Wahl, wofür sie sich entscheiden. Die unfaire Benachteiligung der freien Kleinkindgruppen bei der Bezuschussung durch die Stadt will ich deshalb beenden. Sie bekommen bislang nur etwa 30% ihrer Kosten ersetzt. Ich trete für eine Gleichbehandlung aller freien Einrichtungen und eine entsprechende Erhöhung des städtischen Zuschusses auf etwa 70% der Kosten ein.

Der Kindergarten muss heute als Teil des Bildungsweges verstanden werden. Die Stadt muss dafür werben, dass alle Kinder, besonders aus bildungsfernen Elternhäusern, ab dem dritten Lebensjahr einen Kindergarten besuchen. Damit der Kindergarten auch Bildungsgarten sein kann, muss der Personalschlüssel stufenweise verbessert werden. Weiterbildung ist einer der häufigsten Wünsche der Erzieherinnen und Erzieher. Weil das Land hier seiner Verantwortung für den „Orientierungsplan“ nicht gerecht wird, bleibt vorerst nur die Schaffung eines angemessenen Wei-



terbildungsbudgets für alle Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Stadt.

Die Betreuung von schulpflichtigen Kindern ist für viele Familien ein Problem, das von der Landesregierung viel zu lange ignoriert wurde. Immerhin sollen nun Ganztagesangebote in den Schulen entstehen. Auch das wird die Kommunen wieder fordern, denn mit Lehrerstunden hält sich das Land zurück. Die Vereine, die mit ihren Angeboten in die Schulen kommen sollen, brauchen organisatorische Unterstützung. So wäre es zum Beispiel eine Überlegung wert, dem französischen Vorbild folgend, einen Schulsportnachmittag in der Woche an allen Schulen für Vereine zu reservieren. Der Tübinger Kindersommer, der dieses Jahr erstmals Betreuungsangebote in den großen Ferien bereit gestellt hat, muss zur Dauereinrichtung werden und durch ein Sommercamp für Sprachförderung ergänzt werden.

Damit jedes Kind die Chance erhält, seine musischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Talente voll zu entwickeln, muss die Stadt mit den Vereinen über eine Ausweitung der Tübinger *BonusCard* ins Gespräch kommen. Familien mit geringen Einkommen sollen finanziell die Möglichkeit bekommen und aktiv ermutigt werden, ihre Kinder an Vereinsangeboten teilnehmen zu lassen. Dies ist um so wichtiger, als auch die Angebote der offenen Ganztageschulen leider teilweise gebührenpflichtig sein werden, weil die Landesregierung hier sparen will.

Das Zusammenleben der Generationen gehört zu einer kinderfreundlichen Stadt. Mehrgenerationenhäuser, die KiTa im gleichen Haus mit Seniorenwohnungen, Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten im Straßen-

raum: auch hier erweist sich das Quartierkonzept der „Stadt der kurzen Wege“ als gewinnbringend und muss vorangetrieben werden. Da eine Stadt nie genug Spielplätze für den natürlichen Bewegungsdrang der Kinder bauen kann, sollen deutlich mehr Spielstraßen im Stadtgebiet ausgewiesen werden. Das Spielplatzverbundkonzept, das seit drei Jahren in Schubladen verstaubt, muss umgesetzt werden. Ich möchte, dass Tübingen sich darum bewirbt, am Programm des Kinderschutzbundes für eine Spielleitplanung teilzunehmen. Die Weststadt bietet sich dafür als Modellbereich an. Freizeitangebote, die in Tübingen fehlen, wie z. B. Minigolf, sollten aktiv angesiedelt werden. Bei der Vergabe von Bauoptionen soll das Zusammenleben der Generationen von Anfang an ein zentrales Kriterium sein.

Jugendliche müssen in der Stadt mehr Möglichkeiten erhalten, ihr Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Abgrenzung gegenüber der Erwachsenenwelt auszuleben. Bushaltestellen oder Einkaufsmärkte sind dafür kein Ersatz. Die Jugendlichen sollen stärker als bisher mitgestalten können. Die Stadt muss mit den jungen Leuten gemeinsam nach Orten und Angeboten suchen, die für sie interessant sind. Ob zum Sprayen, zum Musik machen oder einfach zum „Abhängen“.

Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass Tübingen eine Stadt wird, in der Familien mit Kindern Platz finden, sich wohl fühlen, und mehr Menschen sich für Kinder entscheiden. Mein Ziel ist eine Stadt, in der jedes Kind seinen Begabungen entsprechend gefördert wird und das Zusammenleben der Generationen gelingt.

Ziele und Projekte:

- Tübingen wird eine kinderfreundliche Stadt, die sich darum bemüht, jungen Menschen jeder Herkunft Heimat zu sein und Kindern jeglichen Alters Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten zu bieten.
- In Tübingen finden Eltern ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot für ihre Kinder in jedem Alter vor. Die Stadt garantiert allen Eltern, die dies wünschen, einen Betreuungsplatz für Kleinkinder ab dem ersten Geburtstag.
- Tübingen gibt den Eltern die Freiheit bei der Auswahl von Betreuungsangeboten und stellt Kleinkindspielgruppen bei der Bezuschussung den anderen freien Trägern gleich. Tübingen beginnt, das Spielplatzverbundkonzept umzusetzen, und steigt ein in die Spielleitplanung, an der die Kinder beteiligt werden.
- Die Stadtverwaltung wirkt am Aufbau von Angeboten der offenen Ganztagschulen mit und verbessert die Bedingungen für die Zusammenarbeit für Schulen und Vereine.
- Die Tübinger *Bonus-Card* wird in Abstimmung mit den Vereinen ausgeweitet.
- Jugendliche bekommen in Tübingen Rückzugsräume und pädagogisch betreute Angebote, an deren Ausgestaltung sie selbst mitwirken können.



3. Wirtschaft und Wissenschaft: Aus Ideen Geld machen

Die Herausforderung:

Auf den Titel „Universitätsstadt“ will Tübingen doch nicht verzichten. Es ist nun mal die Universität, die der Stadt in der Welt einen Namen verschafft. Ob die Universität in der Exzellenz-Initiative erfolgreich ist, wird auch die Entwicklung Tübingens beeinflussen. Bedauerlicherweise ist das Verhältnis zwischen Stadt und Universität auf der Ebene der Führungspersonen gegenwärtig schwer belastet. Dieses Verhältnis wieder auf die Basis gegenseitiger Unterstützung zu stellen, ist eine dringliche Aufgabe.

Die Universität ist auch der mit Abstand größte Arbeitgeber in der Region. Das bedeutet allerdings, dass die Stadt von ihrem größten Flächennutzer keine Grund- und Gewerbesteuer erhält. Der große Studierendenanteil bringt höhere Sozialkosten, aber unterdurchschnittliche Kaufkraft mit sich. Gewerbebetriebe waren den Professoren im 19. Jahrhundert nicht willkommen. Seither steht Tübingen im Ruf, eine wirtschaftsfeindliche Stadt zu sein. Naturgegebene Beschränkungen bei der Verfügbarkeit von Gewerbeflächen verschärfen das Problem.

Bei dieser Ausgangslage hat die Stadt die Wirtschaftsförderung nahezu eingestellt. Die OB ist mittlerweile auch noch Wirtschaftsbürgermeisterin, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist mit zwei Stellen völlig unterbesetzt und kann sich praktisch nur um den Technologiepark kümmern. Dieser steht seit seiner Errichtung größtenteils leer und belastet den Haushalt. Das Stadtmarketing ist unterentwickelt, die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen ist verbesserungswürdig. Die Neue Messe auf den Fildern war für den Landeshaushalt eine überteuerte Investition. Dass Tübingen die daraus entstehenden Chancen für Tourismus und Wirtschaft nicht nutzt, ist dennoch unverständlich.

Das Programm für Tübingen:

Die Stadt muss der Universität im härter werdenden Wettbewerb um Gelder den Professoren, Dozenten und Studierenden jede

sinnvolle Unterstützung bieten. Die Universität ist ohnehin gegenüber der Konkurrenz in Heidelberg und Freiburg im Nachteil, weil die beiden anderen Städte deutlich größer sind und sowohl wirtschaftlich als auch bei den so genannten weichen Standortfaktoren mehr bieten können als Tübingen.

Das wird sich bei den absehbar steigenden Studierendenzahlen zum Beispiel am Wohnungsmarkt auswirken. Tübingen muss sich mehr anstrengen als größere Städte, um zusätzlich 5.000 Studierende unterzubringen. Gelingt dies nicht, schadet das der Universität. Wir müssen deshalb neue Wege gehen! So sollte die Stadt geeignete Grundstücke in Erbpacht für den Bau von Studierendenwohnheimen zur Verfügung stellen oder Hausbesitzern, die leer stehende Wohnungen erstmals vermieten wollen, mit Rat und Hilfe zur Seite stehen.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität bei allen anstehenden Entscheidungen, die für beide von Bedeutung sind, ist unabdingbar. Dazu muss es einen neuen Stil im Rathaus geben. Die Regelung der inneren Angelegenheiten der Universität ist kein Kompetenzbereich des Tübinger Oberbürgermeisters – die Entwicklung eines Campus entlang der Wilhelmstraße aber sehr wohl.

Die Stadt hat mit dem Technologiepark den Versuch unternommen, von der Wissenschaft auch für die wirtschaftliche Entwicklung zu profitieren. Leider war dieser Versuch bislang weitaus weniger erfolgreich als zunächst erhofft. Es zeigt sich auch, dass bei der Konzeption des ersten Gebäudes Fehler gemacht wurden. Es fehlt an Büroflächen – die Labors hingegen sind überdimensioniert.

Obwohl diese Entscheidungen nicht von der Stadt getroffen werden konnten, lasten die Verträge mit der Förderbank des Landes der Stadt einen Großteil des Vermietungsrisikos auf. Das ist keineswegs die Regel. Technologieförderung sollte das Land betreiben, nicht eine finanzschwache Stadt. Hier müssen neue Verhandlungen geführt werden! Tübingen kann sich jährliche Kosten von 750.000 Euro für Laborflächen nicht leisten. Die Stadt hat getan, was von ihr verlangt werden konnte:

Jetzt ist das Land wieder gefordert.

Als sehr erfolgreiches Angebot an Existenzgründerinnen und -gründer aus dem wissenschaftlichen Bereich hat sich die Bereitstellung günstiger Räumlichkeiten in einer angenehmen Arbeits- und Lebensumwelt erwiesen. Wenn KiTa, Mittagstisch, Wohnung und Arbeitsplatz zu Fuß erreichbar sind, lassen sich Ideen am besten in wirtschaftlichen Erfolg umsetzen. Das Prinzip nutzungsgemischter Quartiere ist deshalb genau die richtige Antwort auf die Bedürfnisse von Gründungswilligen aus der Universität. Hier hat Tübingen sich einen Vorsprung erarbeitet, den es weiter auszubauen gilt.

Die Wirtschaftsförderung in Tübingen muss neu geordnet werden. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft muss zum ersten Ansprechpartner der Wirtschaft ausgebaut werden. Diese Aufgabe kann nicht vom OB allein übernommen werden. Ich halte es für richtig, die durch die Einsparung des dritten Beigeordneten frei gewordenen Mittel hier wieder zu investieren.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft braucht eine dynamische Geschäftsführung, die von der Wirtschaft anerkannt wird und sich um all ihre Belange kümmert. Die Gesellschaft soll nach dem Prinzip „one face to the customer“ arbeiten und eine Lotsenfunktionen in allen Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren übernehmen. Hierzu ist auch eine Kooperation mit dem Landratsamt notwendig. Wer in Tübingen ein Gewerbe gründen, ausbauen oder neu gestalten will, soll in Zukunft alle erforderlichen Informationen aus einer Hand erhalten.

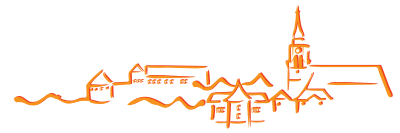
Eine bislang völlig vernachlässigte Aufgabe der Wirtschaftsförderung besteht darin, die Ansiedlung kleiner, innovativer Unternehmen in den Stadtquartieren anzuregen. Gerade für die Zukunftsbranchen im hochwertigen Dienstleistungssegment bieten solche Quartiere ideale Voraussetzungen. Familie, Beruf, Kultur und Alltag miteinander zu vereinbaren, ist eine Qualität, die kein Gewerbegebiet an der Autobahn bieten kann.

So wie die Region Stuttgart eine erfolgreiche Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat, so sollten auch wir im Oberzentrum Reutlingen-

Tübingen daran gehen, das Kirchturmdenken zu überwinden: Ich strebe an, mit der in dieser Hinsicht wesentlich besser aufgestellten Nachbarstadt die Wirtschaftsförderung im Oberzentrum gemeinsam zu betreiben. Beide Partner können dann ihre jeweiligen Stärken einbringen.

Zehn Jahre nach seiner Ausweisung ist das einst hoch umstrittene Gewerbegebiet in der Neckaraue wegen der großen Flächenansprüche heutiger Betriebsabläufe nahezu vollständig mit Optionen belegt. Eine der letzten Flächen hat sich das Klinikum gesichert, um dort im Bedarfsfall eine Großküche errichten zu können. Ich setze mich dafür ein, diese Küche in den vorhandenen Räumen der Mensa Morgenstelle unterzubringen und so wertvolle Flächen für die Neuansiedlung von Betrieben zu erhalten. Im Steinlachwasen kann die Stadt weitere größere Gewerbeflächen im Bestand erschließen, der erfolgreiche Handwerkerpark muss eine Fortführung finden. Eine weitere Ausdehnung der Gewerbeflächen ins Neckartal halte ich hingegen nicht mehr für sinnvoll. Zur Stärkung des örtlichen Handwerks sollte die Stadt die Ausschreibungen auf die Fälle beschränken, in denen dies rechtlich vorgeschrieben ist oder durch Verhandlungen keine guten Angebote zu erzielen sind. Selbstverständlich müssen aber auch bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben Transparenz und fairer Wettbewerb gewährleistet sein. Das Handwerk wird auch profitieren, wenn das Tempo der Entwicklung von Brachflächen in Tübingen deutlich zunimmt. Der Handel erhält neue Impulse, wenn mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut angebundene Quartiere zusätzliche Kaufkraft in die Stadt bringen.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss in Tübingen die weichen Standortfaktoren betonen und mit günstigen Rahmenbedingungen für wissenschaftsnahen Betriebe und Existenzgründungen werben. Wenn dazu eine erstklassige Wirtschaftsförderung und eine unternehmensfreundliche Verwaltung kommen, entstehen auch die Arbeitsplätze.



Ziele und Projekte:

- Die Stadtspitze stellt wieder ein gutes Verhältnis zur Universität her, unterstützt sie im Wettbewerb und respektiert ihre Autonomie.
- In Tübingen wird die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ein kompetenter und aktiver Ansprechpartner für alle Bedürfnisse von Handel und Gewerbe.
- Tübingen verbessert seine Haushaltssituation durch Pflege der heimischen Wirtschaft und durch ein gutes Klima für Existenzgründungen.
- Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft erhält eine dynamische Geschäftsführung und wird zu einer Servicestelle mit Lotsenfunktion durch die Verwaltung ausgebaut.
- Tübingen verstärkt die Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Reutlingen und bemüht sich um eine gemeinsame Standortentwicklung.
- Die Stadt versucht, vom Land bessere Konditionen für den Technologiepark zu erhalten, damit er angemessen weitergeführt werden kann.

4. Eine Stadt mit Herz: Das Leben in der Altstadt stärken

Die Herausforderung:

Für viele Besucherinnen und Besucher ist Tübingen ein schönes Fachwerk-Ensemble, das man am Wochenende betrachtet und bestaunt. Darüber können wir uns freuen, doch die sensible Balance der Altstadt-Nutzungen ist in Gefahr. Die Wohnqualität leidet, im Handel ist ein Trend zu uniformen Filialgeschäften nicht zu übersehen; Leerstände wie am Marktplatz sind ein Alarmzeichen und auch bei den Kneipen häufen sich erschreckende Nachrichten. Die Verlagerung von mehr als 600 Arbeitsplätzen von Landratsamt und Kreissparkasse an die Peripherie der Stadt hat diese Probleme erheblich verschärft.

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt fühlen sich vor allem im Sommer zunehmend einer ‚Eventisierung‘ ausgeliefert, die auch keine Rücksicht mehr auf die Nachtruhe nimmt. Die Oberbürgermeisterin hat dies zu der Bemerkung veranlasst, ein Haus am Marktplatz sei für junge Familien eben als Wohnort nicht geeignet. Aber auch Nutzungswünsche der Gastronomie und der Kultur bleiben unerfüllt. Das *Afro-Brasil-Festival* ist nach Stuttgart ausgewandert, weil das Rathaus Verhandlungsoptionen nicht genutzt hat. Junge Leute gründen bereits Bürgerinitiativen, weil in Tübingen nichts mehr los ist, während andere den Trubel nicht mehr ertragen können. Am Wochenende ist die Sperrzeit um 23 Uhr im Außenbereich für viele Gäste zu restriktiv.

Zur Innenstadt gehört aber auch das Zentrum Süd, vom Bahnhof bis zur Blauen Brücke. Die Friedrichstraße ist die umsatzstärkste Einkaufszone in der Stadt. Hier liegt vieles im Argen. Der Europaplatz ist noch immer eine Asphaltwüste. Die Straßen im Zinser-Dreieck bieten keinerlei Aufenthaltsqualität. Am Neckarparkhaus ist eine Hinterhofsituation entstanden, an der Blauen Brücke werden die Gäste von einer Ruine begrüßt. Die Möglichkeiten, im Zentrum Süd rund um das Zinser-Dreieck Angebote zur Ergänzung der Altstadt zu schaffen, werden nicht genutzt.

Das Programm für Tübingen:

Unser gemeinsames Anliegen muss sein, die Altstadt als pulsierendes Herz Tübingens für alle zu erhalten und weiter zu entwickeln: zum Einkaufen und für das Freizeitvergnügen genauso wie als Ort zum Wohnen und Arbeiten. Wir müssen auf neue Bedürfnisse der Zeit die passenden Antworten finden. Keinesfalls darf die Altstadt zur malerischen Kulisse degenerieren: Das Leben in der Altstadt muss für Familien und ältere Menschen genauso möglich und attraktiv sein wie für Studierende.

Der Erhaltung der baulichen Substanz der Altstadt kommt überragende Bedeutung für Tübingen zu. Deshalb muss der Gesamtanlagenschutz endlich in Kraft gesetzt werden. Damit werden Investitionen auch in die bislang nicht denkmalgeschützten Gebäude in der Altstadt steuerlich begünstigt. Vor allem in der Unterstadt können dann viele Sanierungen erst beginnen.

Die überhand nehmenden Ruhestörungen müssen abgestellt werden. Lautes Schreien und Toben bei Nacht müssen nicht geduldet werden: Ab Mitternacht müssen Polizei und Ordnungskräfte der Stadt Ruhestörer ermahnen. Dabei kann auch eine Verwarnung heilsame Wirkung entfalten. Genauso muss gegen das gedankenlose Wegwerfen von Verpackungsmüll, Zigarettenskippen und Getränkeflaschen mit Bußgeldern vorgegangen werden: Wegsehen bei solchem Fehlverhalten ist Ausdruck falsch verstandener Toleranz. In der Haaggasse halte ich das bereits vor Jahren diskutierte Nachtfahrverbot für überfällig. Wenn von Mitternacht bis sieben Uhr früh wieder Regeln des vernünftigen und rücksichtsvollen Umgangs gelten, kann andererseits über eine maßvolle Verkürzung von Sperrzeiten diskutiert werden. Ich halte es für richtig, an ausgewählten Punkten und nach ausführlichen Gesprächen mit den Anwohnern, Außengastronomie am Freitag und Samstag bis Mitternacht zu gestatten – wenn danach auch wirklich Ruhe ist. Am Marktplatz wird es durch eine kürzere Sperrzeit im Sommer nicht lauter, denn das gesellige Zusammensein auf dem Pflaster hat sich ohnehin längst etabliert. Handel und Gastronomie in der Altstadt brauchen bessere Rahmenbedingungen, um



die Konkurrenz mit dem Außenbereich zu bestehen. Dazu gehören behutsame Flexibilisierungen bei Gaststätten-Lizenzen und mit dem Denkmalschutz verträgliche Umbauten zur Vergrößerung von Betriebsflächen genau so wie der Erhalt und die Ansiedlung von innerstädtischen Arbeitsplätzen oder das Anbringen von Sitzbänken, damit Ältere sich zwischendurch auch mal ausruhen können. Um mehr Kundschaft in die Geschäfte zu bringen, muss es neben der erfolgreichen Inszenierung von Erlebnis-Einkaufstagen gelingen, die Kaufkraftbindung in Tübingen selbst zu erhöhen. Leider glauben viele Auswärtige, in Tübingen sei es schwer, einen Parkplatz zu finden. Tatsächlich sind die Staus in der Reutlinger Innenstadt länger und die Parkhäuser häufiger besetzt als in Tübingen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass ein Parkleitsystem die Zahl der freien Plätze anzeigt. Hilfreich wäre es auch, die wenig erklärenden Namen der Parkhäuser „Stadtgraben“ und „König“ in „Altstadt Ost“ und „Altstadt Nord“ zu ändern.

Es müssen alle Chancen genutzt werden, attraktive neue Angebote in der Innenstadt zu platzieren. Allzu kühne Entwürfe (wie der Abriss ganzer Häuserzeilen) behindern eher eine vernünftige Entwicklung. Gezielt in der Altstadt Flächen für neue Angebote zu nutzen, ist Teil einer Strategie zur Stärkung der Einkaufsstadt Tübingen, z. B. das alte Stadtwerke-Areal oder das Grundstück zwischen „Neckarmüller“ und Mühlstraße. Ganz entscheidend wird sein, die Altstadt mit dem Zentrum Süd zusammenzubringen und dort ergänzende Nutzungen zu platzieren.

Dass die Planung für den Umbau des Busbahnhofs und die Bebauung von über 5.000 Quadratmeter frei werdender Fläche seit zehn Jahren ruht, halte ich für einen schweren Fehler. Reutlingen hat mit der „Müller-Galerie“, Stuttgart mit den „Königsbaupassagen“ oder Konstanz mit dem „Lago“ vorgemacht, wie man Magneten in die Städte bringt, die zusätzliche Kundschaft für alle anderen anzieht. Das Zentrum Süd könnte ein solcher Magnet für die Altstadt werden.

Dafür muss der Europaplatz endlich umgebaut werden! Die Nutzung des Baufters auf den bisherigen Busverkehrsflächen

ist zu klären. Ein Kaufhausinvestor wird sich nicht mehr finden. Stattdessen sollte hier eine Mischung aus mittelgroßen Ladenflächen, Dienstleistungsarbeitsplätzen aber auch Wohnungen in den höheren Geschossen mit Blick auf Anlagensee und Altstadt entstehen.

Mit dem Umbau des Busbahnhofs wird das Zinser-Dreieck weitgehend vom Busverkehr entlastet, die Karlstraße kann zur Fußgängerzone werden, die Busspur in der Friedrichstraße wird entbehrlich und es gibt Platz für die Anlage eines großzügigen, durchgrünten Stadtboulevards. Der Innenhof des Zinser-Dreiecks muss zu einer Wegeachse werden. Auch die vernachlässigte Wöhrdstraße wäre entsprechend aufzuwerten. Am Neckarparkhaus müssen optische den Plattenbaueindruck verschwinden lassen. Das oberste Deck könnte auch ganz anderen Zwecken zugeführt werden: Warum nicht den sehr erfolgreichen Trend aufnehmen, und dort wie auf dem Kaufhof in Stuttgart eine Skybar mit Sandstrand und Blick auf Tübingens Schokoladenseite einrichten? Durch Aufwertung der bislang nahezu unerreichbaren Uferzonen am Zusammenfluss von Neckar und Steinlach könnte aus dem Unteren Wöhrd ein Klein-Venedig Tübingens werden – die Kähne haben wir ja schon.

In einem derart aufgewerteten Umfeld wird auch eine sinnvolle Nutzung der Ruine an der Blauen Brücke gelingen. Ich halte es für richtig, hier ein Hotel im Zwei-Sterne-Bereich zu errichten. Das weitgehend leer stehende Parkhaus Metropol wäre ein direkt angebundener, ohne Errichtungskosten verfügbarer Parkraum. Im Zusammenhang mit der „Neuen Messe“ am Flughafen wäre ein solches zentral gelegenes Hotel auch eine Chance für Tübingen, sich vom Messegeschäft ein größeres Stück abzuschneiden.

Das so aufgewertete Zentrum Süd würde der Altstadt neue Impulse geben und manche Überbelastung abfedern. Deshalb muss diese Aufgabe vor der Ansiedlung von Einzelhandel am „Depot“ angepackt werden. Der Bedarf an neuen Handelsflächen ist begrenzt. Geplant ist am „Depot“ ein reiner Autoeinkaufsstandort, der die Innenstadt schwächt. Auch deshalb halte ich die - städtebaulich als Tor

zur Südstadt ohnehin ungeeignete – Investorenplanung am „Depot“ für völlig verfehlt. Die Speichergebäude sind mittlerweile getrennt verkauft worden. Die angrenzende Fläche sollte in kleinere Parzellen aufgeteilt und in Blockrandbebauung um einen Innenhof

gruppiert werden, der Stadtqualität entfaltet, Wegebeziehungen vermittelt und nicht als Parkplatz missbraucht wird. Ein solches Konzept ist nicht auf einen Großinvestor angewiesen und muss deshalb auch nicht an dessen Interessen angepasst werden.

Ziele und Projekte:

- In Tübingens Altstadt können Menschen nicht nur einkaufen und Freizeit verbringen, sondern auch arbeiten und wohnen.
- Tübingen setzt den Gesamtanlagenschutz für die Altstadt umgehend in Kraft und erleichtert Hauseigentümern die Sanierung.
- Die Stadtverwaltung sichert die Ruhezeiten für die Menschen, die in der Altstadt wohnen, und erweitert im Gegenzug behutsam den Spielraum für Gastronomen, Händlern und Kulturschaffenden außerhalb dieser Zeiten.
- Das Zentrum Süd zwischen Europaplatz und Blauer Brücke wird städtebaulich gezielt als Teil der Innenstadt aufgewertet. Die Stadt nimmt die Bebauung des Europaplatzes und die Verkehrsberuhigung des Zinser-Dreiecks umgehend in Angriff.
- Die Stadt wirkt an einer wirtschaftlich und städtebaulich sinnvollen Nutzung der Ruine an der Blauen Brücke mit, z. B. durch ein Messe- und Kongress-Hotel.



5. Stadtteile: Zusammen sind wir Stadt

Die Herausforderung:

Die Teilorte sind allesamt von einem starken Eigenleben, regen Vereinsaktivitäten und großem Zusammenhalt gekennzeichnet. Sie bereichern Tübingen und erst zusammen mit den Stadtteilen erreichen wir die Größe und Bedeutung einer Stadt mit den Funktionen eines Oberzentrums.

Doch auch über 30 Jahre nach den jüngsten Eingemeindungen gibt es zwischen der Kernstadt und den Stadtteilen wie auch zwischen den Stadtteilen selbst spürbare Unterschiede in der Art, zu leben. Konkurrenzen zwischen den Teilorten bei der Ausstattung mit städtischen Einrichtungen sind erhalten geblieben. So manches nicht eingelöste Versprechen aus den Eingliederungsverträgen wird heute noch beklagt.

Der Bedarf an Sportstätten oder öffentlichen Versammlungsräumen ist nicht in allen Teilorten gedeckt. Um manche Einrichtungen am Ort muss gekämpft werden, wie etwa in Bebenhausen um den Kindergarten. Der Rückgang der Kinderzahlen wirft auch die Frage auf, wie die Grundschulen gesichert werden können. Die Oberbürgermeisterin hatte sogar den Plan gefasst, Rathausfunktionen aus den Ortschaften abzuziehen. Auch die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs bereitet Sorgen. Im Neckar- und Ammertal ist der Durchgangsverkehr an den Hauptstraßen ein Problem, Hochwasser gefährdet an vermeintlich kleinen Zuflüssen des Neckars die Ortslagen.

Verschiedentlich wird in den Stadtteilen auch der Ruf nach mehr Eigenständigkeit laut. So sind Bürgerentscheide über eigene Angelegenheiten faktisch ausgeschlossen und tatsächlich noch nie vorgekommen.

Das Programm für Tübingen und seine Teilorte:

Über 30 Jahre nach Abschluss der Eingliederungsverträge ist es Zeit, Bilanz zu ziehen, um nach vorne blicken zu können. Wenn formell weiterhin gültige Verträge Hallen, Feuerwehrhäuser und Bäder versprechen, die nie

gebaut wurden (und dies nach wie vor Anlass zu Diskussionen ist), dann muss darüber noch einmal debattiert werden.

Ich halte es deswegen für richtig, die alten Verträge ein letztes Mal auf den Tisch zu legen und mit allen Teilorten gemeinsam zu diskutieren, welche der damals gemachten Zusagen heute nicht mehr zeitgemäß oder erledigt sind und wo weiterhin Bedarf besteht. Dann sollte die Geschichte der Eingliederungsverträge durch einen formellen Beschluss in den Ortschaften und im Gemeinderat zu einem verständlichen Abschluss geführt werden.

Die weiterhin bestehenden Wünsche zum Ausbau der Infrastruktur müssen durch eine aktuelle Bedarfsanalyse ergänzt werden. Auch hier halte ich es für richtig, mit allen Teilorten gemeinsam zu erörtern, wo der Wunsch nach sozialer, kultureller und technischer Infrastruktur heute am stärksten und am besten zu begründen ist. Daraus sollte ein Investitionsplan für einen Zeitraum von zehn Jahren entstehen, auf den die Teilorte sich verlassen können. Prioritätensetzung, Kompromisse, gemeinschaftliche Nutzungen und gelegentlich auch Verzicht sind hier gefordert. Im Rahmen einer solchen Debatte müssen viele Projekte in eine Rangfolge gebracht werden. Ich will mich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt für alle Teilorte stark machen.

Im Kapitel über sparsames Wirtschaften stelle ich dar, wie ich die Sanierung städtischer Gebäude angehen will. Die Erneuerung der Heizungsanlagen der Rathäuser in Hagelloch, Pfrondorf und Weilheim, die energetische Sanierung des Kindergartens in Hagelloch und die Dachsanierung der Uhlandschule in Hirschau sind Beispiele für notwendige Investitionen, die sowohl der Umwelt als auch der Stadtkasse nützen.

Der Hochwasserschutz in Lustnau und in Bühl wird eine große finanzielle Anstrengung erfordern. Dabei sollten wir im Bühler Tal darauf achten, dass eine Lösung gefunden wird, die landschaftsverträglich ist. Die Feuerwehren benötigen auch in Zukunft eine gute Ausrüstung. Das können wir uns leisten, wenn wir bei den doppelten Leitstellen von Rettungsdienst und Feuerwehr sparen. Pfrondorf benötigt eine bessere Unterkunft für die Feuerwehr,

viele Fahrzeuge in den Wachen sind in die Jahre gekommen.

Sportangebote müssen im Ort möglich sein. Deshalb sollen die Ortschaften auch bei der Sportentwicklungsplanung angemessen berücksichtigt werden. Die Sanierung des Trainingspielfeldes in Bühl, der Rasensportplätze in Hirschau und Pfrondorf und die Finanzierung der Kleinspielfelder bei der Pfrondorfer Schönbuchhalle sind Beispiele für wichtige Maßnahmen in diesem Kontext.

Den Radverkehr zu stärken, heißt auch, die Wege in die Teilorte zu verbessern. Ein neuer Belag auf der Verbindungsstraße zwischen Weilheim und Kilchberg ist zusätzlich für den Busverkehr wichtig. Die Verkehrsverbindungen in Zusammenarbeit mit Kreis und Land durch einen Bahnhaltepunkt in Kilchberg und Bühl rasch zu verbessern, ist für mich ein vordringliches Ziel.

Wo sich die Ortschaften für mehr Verkehrssicherheit einsetzen, sollte die Stadt bei der Finanzierung nicht zurückstehen, zumal dann, wenn eine Refinanzierung durch Gebühren leider wahrscheinlich ist. Die Einrichtung einer Rotlichtüberwachungsanlage am Fußgängerüberweg in der Ortsmitte von Bühl und die Beschaffung einer zweiten Kamera für die Ortsdurchfahrt Unterjesingen halte ich deswegen für richtig.

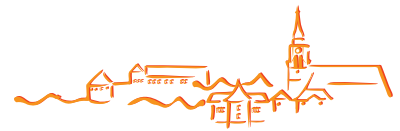
In den Teilorten muss anders gebaut werden als in der Kernstadt. Kompakter Geschosswohnungsbau passt hier nicht zur Umgebung. Auch sind große Brachflächen nicht vorhanden. Ich möchte, dass die jungen Leute in den Teilorten nicht wegziehen müssen, wenn sie einen eigenen Haushalt gründen. Für den tatsächlichen Eigenbedarf der Teilorte sollten Baumöglichkeiten vorhanden sein. Innenentwicklung muss aber auch hier vor Außenentwicklung gehen. Manche Besitzer von Scheuern und Grundstücken im Ort würde ich gerne im Gespräch davon überzeugen, dass Sie eine Wohnnutzung ihres Eigentums

ermöglichen. Auch die Stadt kann hier helfen, wenn sie zum Beispiel Gemeinschaftsschuppen befördert oder als Vermittler auftritt.

Die Eigenständigkeit der Teilorte zu stärken, bedeutet nach meiner Auffassung auch, ihnen wieder mehr politische Kompetenzen zu geben. Die Integration in die gemeinsame Kommune ist so erfolgreich vorangeschritten, dass keine Auflösungsprozesse zu erwarten sind. Ich möchte deswegen den Ortschaftsräten ein Finanzbudget zur eigenen Entscheidung geben. Die Bürgerschaft soll (wie in kleinen Kommunen) die Möglichkeit bekommen, Entscheidungen direkt demokratisch zu treffen. Dies ist möglich, wenn der Gemeinderat einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasst und sich selbst verpflichtet, solche Entscheidungen zu akzeptieren. Das politische Leben in einem Ort gewinnt an Bedeutung, wenn Entscheidungen auch im Ort erstritten werden können. Deshalb sollen auch die Stadtteile Derendingen und Lustnau, aber auch die Quartiere WHO, Wanne, Weststadt und Südstadt die eigenen Angelegenheiten direktdemokratisch regeln können.

Es ist für mich selbstverständlich, dass ich mich als OB für die Teilorte genauso interessieren und einsetzen werde wie für die Kernstadt. Das reiche Vereinsleben, die Feste und Traditionen sind Pfunde, mit denen sich wuchern lässt, die Pflege und Anerkennung verdienen. Regelmäßige Bürgerversammlungen mit dem OB in den Teilorten sind für mich genauso notwendig wie Bürgersprechstunden des OB auf den Ortsratshäusern und die Präsenz bei wichtigen Anlässen im Leben eines Ortes.

Tübingen und seine Stadtteile können gemeinsam noch viel erreichen. Die Stärken und Qualitäten zu fördern, Individualität, Traditionen und Geschichte zu betonen und dabei die Stadt als Ganzes im Blick zu behalten, muss unser Ziel sein.



Ziele und Projekte:

- Die Stadt fördert das Eigenleben ihrer Stadtteile und unternimmt alle Anstrengungen, soziale, kulturelle und Einkaufsangebote vor Ort zu erhalten und zu stärken.
- Der OB ist selbstverständlich in den Teilorten präsent, gibt regelmäßig Bürgersprechstunden und hält Bürgerversammlungen ab.
- Ortschaftsräte und Bürgerschaft in den Teilorten und Stadtquartieren erhalten mehr Entscheidungsbefugnis und erstmals direktdemokratische Abstimmungsmöglichkeiten.
- Die Eingliederungsverträge werden nochmals diskutiert und formell abgeschlossen. Für Investivprojekte wird im Dialog eine Prioritätenliste mit den Teilorten erarbeitet werden.

6. Verwaltung: offen, bürgernah und wirtschaftlich

Die Herausforderung:

Tübingen hat eine starke Diskussionskultur. Hier leben Menschen, die mitreden wollen, wenn über ihre Anliegen entschieden wird. So entstand – trotz widriger Umstände eines allzu stark gelenkten Prozesses – ein Leitbild, das sehr klare Ziele für die nahe und mittlere Zukunft formuliert. Doch das Papier ist in der Schublade verschwunden, Verbindlichkeit hat es nie erlangt: So wird Engagement entmutigt!

Der Dialog zwischen Verwaltungsspitze und Bürgerschaft ist zur Einbahnstraße geworden. Die Bürgerschaft kommt kaum noch zu Wort, Bürgerversammlungen sind eine Seltenheit, zumal in den Stadtteilen. Wichtige Informationen erreichen die Öffentlichkeit oft erst wenige Tage vor der Beschlussfassung, Entscheidungen werden übers Knie gebrochen. Auch dem Gemeinderat werden wichtige Fakten viel zu spät oder nur durch erzwungene Akteneinsicht zugänglich gemacht. Zu oft wird eine Auffassung der Verwaltung mit der Brechstange gegen die Bürgerschaft durchgesetzt. Nicht selten erreicht dieser Stil das Gegenteil des Ziels, wie sich am Beispiel des *Afro-Brasil* belegen lässt.

Die Tübinger Verwaltung ist zu sehr auf die Spitze ausgerichtet. Aus Furcht, mit einem unerwünschten Vorschlag hart anzuecken, ziehen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung lieber den Kopf ein. Die allzu kurze Leine demotiviert – Mangelausstattung, Zuständigkeitsverwirrungen und Privatisierung von Kernkompetenzen verstärken dieses Problem. Moderne Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen über den Lebenszyklus einer Investition sind die Ausnahme. Einsparpotenziale liegen brach, neue Instrumente der wirtschaftlichen Aufgabenerledigung werden nicht eingesetzt.

Das Programm für Tübingen:

Die Menschen und ihre Anliegen müssen wieder im Mittelpunkt stehen. Als Oberbürgermeister will ich stets ein offenes Ohr für Sorgen, Beschwerden und Anregungen haben. Zusammen mit der Verwaltung will ich

klare Wege für ein zuverlässiges Beschwerde-Management festlegen.

Ich stehe für eine dialogorientierte Politik. Ich werde mich dafür einsetzen, die Öffentlichkeit bei allen Entscheidungen möglichst früh zu beteiligen. In skandinavischen Ländern gibt es dafür ein Informationsfreiheitsgesetz: Ich glaube, dass auch das Tübinger Rathaus kein Herrschaftswissen braucht. Gemeinderatsvorlagen sollen schon bei der Vorberatung öffentlich sein. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sollen möglichst viele Sitzungen von Aufsichtsräten und Gremien öffentlich stattfinden.

Ich werde dem Gemeinderat vorschlagen, das existierende Leitbild erneut zu debattieren, Dissens anzumelden, diesen zu klären und schließlich einen verbindlichen Beschluss zu fassen. Der Gemeinderat und der Oberbürgermeister sollen sich dem Leitbild verpflichten und an seiner Realisierung arbeiten. Änderungen des Leitbilds sollen nur nach einer Bürgerversammlung erfolgen. In verfahrenen Konfliktfällen, in denen die Verwaltung selbst Partei ist, scheint es mir richtig, als OB die Leitung von Gesprächen abzugeben und ein Mediationsverfahren anzubieten.

Ich weiß, dass sich viele Menschen in der Stadt fragen, wie ich die Verwaltung führen werde. Ich bin mir sicher, dass ich die dafür notwendigen Fähigkeiten erworben habe. Ein Oberbürgermeister muss erkennen, was die Menschen wollen, was die Stadt als ganzes braucht, und dafür innerhalb der Verwaltung machbare Lösungsvorschläge entwickeln. Er muss Mittler sein zwischen Bürgerschaft, Gemeinderat und Stadtverwaltung. Gefragt sind dabei Bürgernähe, Mut und die Fähigkeit, Menschen zu einem Team zusammenzuführen und zu motivieren – also für gemeinsame Ziele begeistern zu können. Eine Verwaltung braucht an der Spitze nicht in erster Linie Verwaltungserfahrung, wenn alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Erfahrung in die gemeinsame Arbeit einbringen können.

Die von der Oberbürgermeisterin mit teuren Unternehmensberatern begonnene Verwaltungsreform will ich korrigieren. Während die Einführung von Fachbereichen sinnvolle Verbindungen zwischen Ämtern schafft, die



zuvor getrennt operiert haben, sind die sogenannten Kompetenz-Center ein Irrweg. Die dadurch entstehende „Matrix-Struktur“ führt vor allem zu Zuständigkeitsstreitigkeiten, Doppelarbeit und Missmut. Ich will den laufenden Aufbau von Kompetenz-Centern abbrechen und die dafür bereits eingesetzten Personalstellen wieder zur Stärkung der Fachbereiche und Ämter nutzen. Dann können auch die Aufgaben der Kompetenz-Center wieder reibungslos erledigt werden.

Wirtschaftliches Handeln ist in klassischen Verwaltungsstrukturen noch immer schwierig. Auch wenn sich manches verbessert hat, sind viele Hemmnisse geblieben. Ein großes Problem ist die segmentierte Betrachtung von Haushaltstiteln. Eine Investition wird darauf überprüft, ob sie in einen Etat passt. Besser wäre es, zu fragen, ob sie sich rechnet. Der Gemeinderat wird in die Irre geführt, wenn er nur die Investitionskosten zu Gesicht bekommt, nicht aber Wertverluste und Folgekosten. Die Neueinrichtung einer Ampelanlage sieht so für den Gemeinderat zunächst billiger aus als ein Umbau der Kreuzung zum Kreisverkehr. Die Ampel kostet aber mehr in der Unterhaltung und ist unter dem Strich teurer. Trotzdem wird gerade an der Kunsthalle ohne Not eine neue Ampelanlage installiert.

Besonders eklatant ist der Unterschied zwischen Investitionen und Betriebskosten bei öffentlichen Gebäuden. In der Regel entfallen nur 20% der Gesamtkosten auf den Bau und 80% auf Erhaltung und Betrieb. Weil das Hochbauamt und von ihm beauftragte Architekten die Kosten im Hinblick auf den Bau und nicht auf den Betrieb optimieren, entstehen oft unnötige Kosten. Das gesamte Gebäudemanagement muss in eine Hand gegeben und wirtschaftlich organisiert werden.

Der enorme Sanierungsrückstand bei den städtischen Gebäuden, von den Schulen über Kindergärten bis zum Technischen Rathaus kommt die Stadt teuer zu stehen. Die Investitionshaushalte geben derzeit aber nicht mehr her. Der Ausweg kann eine Kooperation mit der privaten Wirtschaft sein. Sanierung und Betrieb städtischer Gebäude können für einen festgelegten Zeitraum ausgeschrieben und vergeben werden. Dadurch kann die Sanie-

rung und die damit verbundene Einsparung auch ohne weitere städtische Verschuldung realisiert werden. Die Stadt Freiburg hat diesen Weg gerade beschritten und erzielt damit Einsparungen von 25 Millionen Euro – ohne Qualitätsverluste.

Ein privater Betreiber muss keine Formulare ausfüllen und Etats anzapfen, wenn Reparaturen anstehen, wird zu deren Erledigung aber vertraglich verpflichtet. Die Sanierung der Gebäude erfolgt von Beginn an unter einer Lebenszyklusperspektive. Zum Beispiel würde ein privater Betreiber durch energetische Sanierungen bei den städtischen Gebäuden sofort Einsparpotenziale heben, die in der klassischen Verwaltungsmethodik seit Jahren liegen bleiben. Wir sollten uns auf den Weg machen, gemeinsam mit Handwerk, Dienstleistern, Architekten, Ingenieuren und Banken in der Region ein ähnliches Modell zu realisieren. Ich will dem Gemeinderat vorschlagen, dafür einige Gebäude mit großem Sanierungsbedarf auszuwählen und eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Wenn wir neue Wege beschreiten, kann der Verfall der Substanz öffentlicher Bauten in der Stadt rasch gestoppt werden.

Private Unterstützung in der Aufgabenerledigung der Verwaltung muss allerdings wohl überlegt sein. Ein Fehler ist es nach meiner Überzeugung, städtische Ämter personell so abzumagern, dass Kernaufgaben der Verwaltung nur noch durch externe Vergaben zu erledigen sind. Eine Stadtverwaltung muss selbst in der Lage sein, Bebauungspläne bis zur Inkraftsetzung zu bearbeiten, ohne teure Büros zu Rate zu ziehen. Hier ist in den letzten acht Jahren zu viel privatisiert worden. Ebenso hätte man sich manches Gutachten und manchen teuren Unternehmensberaterauftrag besser gespart und stattdessen die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter entwickelt. Diesen Weg möchte ich in und mit der Verwaltung beschreiten.

Die Verschuldung der Stadt ist in den letzten Jahren wieder angestiegen. So weit dafür Steuerausfälle und Kreisumlage verantwortlich waren, kann dies niemand in der Stadt angelastet werden. Die Oberbürgermeisterin muss allerdings die Verantwortung dafür

übernehmen, dass zwei ihrer wichtigsten Projekte finanziell völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Sowohl die Großsporthalle als auch der Technologiepark haben den Haushalt wesentlich höher belastet als geplant. Ich will, dass in Zukunft wieder konservativer kalkuliert wird. Die in den letzten Jahren wieder ansteigende Verschuldung der Stadt ist noch nicht in der Höhe, aber im Trend besorgniserregend. Mein Ziel ist es, in den kommenden Jahren ohne zusätzliche Schulden auszukommen. Mit wirtschaftlichem Handeln und vorsichtigen Investitionsplanungen ist dies möglich. Steuererhöhungen kommen nicht mehr in Betracht. Zusätzliche Ausgaben müssen wir durch besseren Einsatz der knappen Mittel finanzieren. Ein Beispiel ist die Tübinger Feuerwehr: Für Fahrzeuge, bessere Geräteausstattung (besonders der Atemschutztrupps), Weiterbildung und hauptamtliches Personal müssen wir in Zukunft mehr Geld ausgeben. Das können wir uns leisten, wenn Stadt, Kreis und Rotes Kreuz sich endlich darauf einigen könnten, die beiden bislang vollkommen getrennten Einsatzzentralen von Rettungsdienst und Feuerwehr zusammenzulegen. Bislang müssen 18 Stellen in den beiden Leitstellen finanziert werden. Integriert würden 12,5 Stellen für

dieselbe Aufgabe genügen. Die Stadt würde dauerhaft mehr als 100.000 Euro pro Jahr einsparen. Dieses Geld will ich der Feuerwehr für die Verbesserung ihrer Ausstattung zur Verfügung stellen.

Den Blick der Verwaltung für unterschiedliche Auswirkungen städtischen Handelns auf Männer und Frauen will ich schärfen. Die Frauenbeauftragte soll dafür – anders als heute – eine entsprechend starke Stellung erhalten. Gemeinderatsvorlagen und Verwaltungsentscheidungen sollen einem ‚Gender-Check‘ unterzogen werden: Wie viele Männer und Frauen sind betroffen? Welche Daten sind hierzu vorhanden? Wer hat Vor-, wer Nachteile? Gibt es Unterschiede hinsichtlich der vorhandenen Ressourcen und Bedarfe zwischen den Geschlechtern? Wie lassen sich Gleichstellungsziele im Verfahren erreichen? Und nach der Entscheidung: Wurden diese Ziele erreicht?

Eine moderne Verwaltung ist zugleich wirtschaftlich und bürgerfreundlich, lösungsorientiert und pragmatisch, motiviert und lernfähig sowie sensibel für alle Gerechtigkeitsfragen von der Gender- bis zur Altersfrage. Dafür braucht die Stadt einen modernen OB.

Ziele und Projekte:

- Die Stadtverwaltung in Tübingen wird motivierend und bürgernah geführt. Die Entscheidungen der Verwaltung sind transparent und Bürgerschaft wie Gemeinderat werden frühzeitig informiert.
- Tübingen nimmt den Leitbildprozess wieder auf und bringt ihn zu einem verbindlichen Abschluss.
- Die Verwaltung setzt moderne Formen der Partnerschaft mit der Wirtschaft ein und stärkt ihre Kernkompetenz.
- Die Stadt beseitigt den dramatischen Sanierungsrückstand in ihren Gebäuden und setzt dabei neue Formen der Kooperation mit der Wirtschaft ein.
- Die Stadtverwaltung stärkt die Funktion der Frauenbeauftragten und führt den Gender-Check ein, um ihr Handeln systematisch auf Geschlechterwirkungen zu überprüfen.



7. Sport: Fit in die Zukunft

Die Herausforderung:

Der Sport in Tübingen bietet ein vielfältiges Bild: er fördert Körperbeherrschung, Integration und Gesundheit, bringt aber auch immer wieder nationale und internationale Spitzenleistungen hervor. Doch die Bedingungen dafür sind vielfach nicht optimal.

Schon für die Bewegung der Kleinsten fehlt es oft an geeigneten Räumlichkeiten. Jugendsportschulen in Tübingen haben regen Zulauf – aber oft zu wenig Platz. Genau so mangelt es für die wachsende Zahl älterer Menschen an kleineren, öffentlich nutzbaren Räumen für Fitness- und Gymnastik-Programme. Sport- und Spielplätze in Quartiersnähe fehlen allzu oft oder sind in einem schlechten Zustand. Für den Schulsport ist auch nach dem Bau der Großsporthalle nur eine leichte Entspannung eingetreten. Die Sportanlagen der Uhlandschule werden von den Schülerinnen und Schülern als gefährlich erlebt. Der Sportstättenatlas sieht nur fünf von 30 Tübinger Sporthallen in einem guten Zustand, hingegen wird ein großer oder sehr großer Sanierungsbedarf bei zwölf Hallen festgestellt.

Über die Nutzung der Anlagen des Sportinstituts ist ein Streit ausgebrochen. Die hohen Gebühren für die Belegung der Großsporthalle sind für viele Vereine zum Problem geworden. Das unsolide Finanzierungskonzept und dessen Folgewirkungen sind eine dauerhafte Belastung für die Stadt. Für den Spitzensport ist mit der Großsporthalle zwar ein neuer Veranstaltungsort geschaffen worden, doch insbesondere für die Leichtathleten fehlt eine solche Möglichkeit nach wie vor. Der Sportstättenbericht blieb ohne Konsequenzen.

Das Programm für Tübingen:

Tübingen kann sich leider auf absehbare Zeit keine zweite Sportinvestition in der Dimension der Großsporthalle leisten. Um so wichtiger ist es jetzt, sich darüber klar zu werden, welche Aufgaben zuerst angepackt werden müssen. In vielen Kommunen sind hierzu Sportentwicklungspläne in enger Zusammenarbeit mit allen Vereinen und Nutzergruppen aufgestellt worden. Der württembergische Landessport-

bund bietet für diesen Prozess operative Unterstützung und erfahrenes Personal an. Darauf sollten wir zugreifen.

Mit dem Bericht über den Zustand der Sportstätten aus dem Jahr 2001 gibt es bereits eine gute Datengrundlage. Der Sanierungsbedarf ist bekannt, eine Vielzahl von Angebotsdefiziten ist benannt. Jetzt muss es darum gehen, auf Nutzungskonzepte abgestimmte Investitions- und Sanierungszeitpläne zu erstellen. Das Wissen und die Wünsche der Vereine müssen bei der Erstellung eines Sportentwicklungsplans genutzt und wirksam werden. Weil das Geld nicht für alle Bedarfe zugleich ausreicht, muss ein Konsens über die vordringlichen Maßnahmen erzielt und die Kooperation gefördert werden. Vorhandene Sportanlagen müssen optimal genutzt werden. Gebührenregelungen dürfen nicht dazu führen, dass Nutzungszeiten verloren gehen. Das Ergebnis eines solchen Prozesses darf nicht am Anfang feststehen, doch einige Eckpunkte will ich benennen: Tübingen braucht eine funktionierende Leichtathletikstätte. Eine städtische Wettkampf- und Trainingstätte in der Nähe der Schulen in der Uhlandstraße (alter SV 03-Platz) wäre wünschenswert. Solange dafür das Geld nicht reicht, muss die Stadt mit der Universität eine tragfähige Vereinbarung für die Nutzung der Einrichtungen des Sportinstituts finden. Eine solche Vereinbarung setzt auch auf Seiten der Stadt Bereitschaft zum Entgegenkommen voraus. Der Wunsch der Universität, eine wettkampftaugliche Leichtathletikbahn zu erhalten, in der sich unsere Spitzensportler präsentieren können, und die Nutzungswünsche der Stadt im Schul- und Freizeitsport könnten in eine Vereinbarung über eine gemeinsame Investition münden.

Für die zahlreichen sanierungsbedürftigen Sportplätze sollten mit den Hauptnutzern Vereinbarungen über Wartung und Pflege gefunden werden. Städtische Platzwarte wurden in den letzten Jahrzehnten eingespart und sind auch in Zukunft schwer finanzierbar. Wo sich Vereine und Nutzer verpflichten, einen Sportplatz künftig in Schuss zu halten, kann die Stadt die Investitionsmittel für eine Sanierung leichter bereit stellen. Für Bolz- und

Quartiersspielplätze sollte die Stadt Patenschaften vergeben, um deren Beispielbarkeit über längere Zeit zu sichern. Für den Outdoor-Sport kann die Stadt bei ohnehin anstehenden Sanierungsarbeiten die Bedingungen

verbessern. Zum Beispiel würde ein neuer Belag für das noch nicht sanierte Stück des Radwegs im Ammertal auch für Skater eine neue, landschaftlich sehr reizvolle Strecke mit Bahnanschluss in Unterjesingen eröffnen.

Ziele und Projekte:

- Tübingen wird eine bewegungsfreundliche Stadt, die Sport nach Kräften unterstützt und drinnen wie draußen gute Bedingungen für sportliche Aktivitäten schafft.
- Tübingen geht den großen Sanierungsbedarf bei Sportstätten an und erstellt mit den Vereinen einen Sportstättenplan.
- Tübingen nutzt die Angebote des Württembergischen Landessportbunds (WSLB) und steigt in die kooperierende Sportentwicklungsplanung ein.
- Die Stadt bemüht sich um eine tragfähige Lösung für die gemeinschaftliche Nutzung der Anlagen des Sportinstituts.
- Die Stadt trifft für Sanierungen mit den Hauptnutzern von Sportanlagen Vereinbarungen über künftige Pflege und Instandhaltung.
- Die Stadt verbessert den Prozess der Hallen-Vergabe entlang des Bedarfs, und die Gebühren werden so gestaltet, dass Nutzungszeiten nicht verloren gehen.



8. Kultur: Vielfalt ermöglichen und Potenziale nutzen

Die Herausforderung:

Das kulturelle Angebot in Tübingen ist in seiner Vielfalt und Qualität noch immer überdurchschnittlich. Doch leider sind in vielen Feldern Auflösungserscheinungen nicht zu übersehen. Der Mangel an größeren Veranstaltungsräumen hat dazu geführt, dass viele Künstler mit entsprechendem Publikumszulauf nicht mehr nach Tübingen kommen. Die Anzahl der Konzerte, die das Kulturreferat im Festsaal der Universität organisieren kann, ist wegen sinkender Zuschüsse deutlich zurückgegangen. Das Stadtmuseum hat eine schwere Phase hinter sich. Die Französischen Filmtage laborieren noch an ihren Streitigkeiten um die Festival-Leitung. Die Schließung des „Depot“ war für Tausende von Jugendlichen wie ein Schlag ins Gesicht. Nun ist auch noch der „Zoo“ in seiner Existenz bedroht.

Der Tübinger Sommer, von der Oberbürgermeisterin als „Leuchtturmprojekt“ besonders herausgehoben, hat bislang nicht die gewünschte Strahlkraft. Die Vertreibung des allseits beliebten Lindenhoftheaters Melchingen war kein Geniestreich, und eine solide Finanzierung ist immer noch nicht in Sicht. Hektische Notprogramme – wiewohl von erfreulicher Qualität – können den Ruf unserer Kulturstadt nicht ins Land tragen.

Ein Problem, das alle Kulturschaffenden beschwert, ist die weitgehende Entmachtung des Kulturamts. Viele vermissen einen Ansprechpartner, beklagen sich über fehlende Wertschätzung und stören sich an einem verengten Kulturbegriff der Verwaltungsspitze. Wenn sich aber die Kulturschaffenden nicht mit ihrer Stadt identifizieren, kann es trotz eines guten Angebots nicht gelingen, Tübingen als Kulturstadt einen Namen zu sichern. Jeder Leuchtturm braucht zunächst ein sicheres Fundament.

Das Programm für Tübingen:

Tübingen braucht einen Oberbürgermeister, der Kultur nicht selbst organisiert, sondern ermöglicht. Das städtische Kulturamt muss wieder zu einem verlässlichen und kompetenten

Ansprechpartner für alle Kulturschaffenden und Kulturgenießenden in der Stadt werden. Eine entsprechende Neuabgrenzung der Kompetenzbereiche will ich umgehend angehen.

Für die vielfältigen Wünsche nach Präsentations- und Veranstaltungsräumen in der Stadt sollte das Kulturnetz als Diskussionspartner mitwirken. Kultur braucht Orte – die Stadt kann ihr dazu verhelfen. Zum Beispiel durch die Erlaubnis zur Zwischennutzung von Gebäuden. Der Club „Depot“ war hierfür ein herausragendes Beispiel. Leider wurden für alte Industriehallen in Lustnau (Egeria) oder Derendingen (Wurster und Dietz) solche Ideen nicht verwirklicht. Vor dem Verkauf des „Depot“ hätte die Stadt sich mehr um einen neuen Standort bemühen müssen. Eine Groß-Diskotheek in einem Neubau ist kein Ersatz für das nun verloren gegangene Angebot. Ich will mich dafür einsetzen, dass die Stadt ihr Planungsrecht in Zukunft zu Gunsten von Kulturschaffenden wie dem „Depot“-Initiator einsetzt.

Viele Veranstaltungsorte in Tübingen können nur eingeschränkt genutzt werden. Das Museum und der Festsaal der Universität stehen nur einem kleinen Veranstalterkreis offen. Die Nutzungsgebühren sind teilweise abschreckend hoch. Es wird dabei in Kauf genommen, dass Säle leer stehen, während Veranstalter mangels Räumen das Weite suchen. Hier wäre es Aufgabe der Stadt, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, und über kulturförderlichere Rahmenbedingungen zu sprechen.

Dabei sollte auch die Mensa in der Wilhelmstraße zur Sprache kommen: Wenn sie in den nächsten Jahren saniert wird, muss die Stadt mit Land und Studentenwerk über eine Doppelnutzung als Veranstaltungsraum und eine entsprechende Technikausstattung verhandeln. Tübingen benötigt zumindest einen größeren Saal, der heutigen Ansprüchen an Ausstattung, Technik und Komfort genügt. Sollte Reutlingen seine Pläne zum Bau einer neuen Stadthalle, fünf Minuten vom Bahnhof entfernt, realisieren, müssen neue Formen der Kooperation mit der Nachbarstadt gefunden werden, damit die Kultur nicht schleichend

auswandert.

Bei weiterhin beschränkten finanziellen Spielräumen unserer, leider nur kulturell reichen Stadt, kommt es sehr stark darauf an, das vorhandene Geld richtig einzusetzen. Den Zuschuss für das Festival *Afro-Brasil* will ich streichen, wenn es am Standort Stuttgart bleibt. Die Shed-Hallen sind ein Beispiel für Räume, die, wegen Sparsamkeit an der falschen Stelle, unzureichend genutzt werden.

Ich halte es für notwendig, die Zuschüsse an die Kultur in Zukunft wieder an die Inflation angepasst zu erhöhen.

Ganz oben auf meiner Agenda steht indes, der Kultur in Tübingen den richtigen Stellenwert zu verschaffen. Kulturschaffende sollen sich in Tübingen angenommen fühlen und Wertschätzung erfahren. Sie sollen durch die Stadtverwaltung Unterstützung erfahren. Kultur wächst von unten und durch Initiative.

Ziele und Projekte:

- Tübingen wird eine Stadt, in der Kulturschaffende Unterstützung, Wertschätzung, und Beachtung erfahren.
- Tübingen erhält ein Kulturamt, das Ansprechpartner für alle Kulturschaffenden ist, und das Kulturamt erhält alle dafür notwendigen Kompetenzen.
- Die Stadtverwaltung verbessert die Nutzungsmöglichkeiten vorhandener Veranstaltungsräume durch Kooperationen und regelmäßige Abstimmungsgespräche.
- Tübingen fördert die Entstehung neuer kultureller Aktivitäten in leerstehenden Gebäuden und auf Brachflächen.
- Die Stadt prüft kostengünstige Möglichkeiten, einen größeren Veranstaltungsraum mit heutigen Komfortanforderungen zu schaffen.
- Tübingen stoppt die schleichende finanzielle Auszehrung seines Kulturlebens und erhöht Zuschüsse in Zukunft entsprechend der Inflation.



9. Integration: Eine Stadt für alle

Die Herausforderung:

Tübingen ist eine internationale Stadt mit großer kultureller und ethnischer Vielfalt. In vielen Lebensbereichen, im Sport, an der Universität, in den Krankenhäusern und Altenheimen oder in der Gastronomie sind Menschen aus anderen Kulturen und Herkunftsländern bestens integrierte Mitbürger, Kollegen, geschätzte Gäste oder Gastgeber und manche sogar Stars. Die offene und internationale Atmosphäre ist auch ein zunehmend wichtiger Standortfaktor.

Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, muss sich jedoch eingestehen, dass auch in der vergleichsweise heilen Tübinger Welt die Integrationsprobleme wachsen. Auch in Tübingen gibt es Wohnviertel, in denen Migrantinnen und Migranten unter sich bleiben. Auch in Tübingen werden Kinder mit Migrationshintergrund in Hauptschulen ausgesondert und viel zu viele bleiben ohne einen Schulabschluss.

Auch in Tübingens Straßen kann man Jugendgruppen antreffen, die ausschließlich aus Einwanderer- oder Aussiedlerkindern bestehen und nicht selten ihren Frust durch Regelverstöße ausleben. Auch bei uns ist die Jugendarbeitslosigkeit unter Einwanderern der zweiten und dritten Generation überdurchschnittlich hoch.

In der Vergangenheit waren die vielen positiven Beispiele gelingenden Zusammenlebens von Menschen aus so vielen Nationen zu oft ein Grund, über die ebenso vorhandenen Probleme hinwegzusehen. In einer Stadt wie Stuttgart ist ohne diesen rosaroten Schleier die Integration bildungsferner Schichten eher besser geglückt als im bildungsbürgerlichen Tübingen. In Zukunft muss es darum gehen, die Probleme zu benennen, realistisch zu beschreiben und gemeinsam mit den vielen Menschen zu lösen, die aus dem Ausland gekommen und nun bei uns heimisch geworden sind.

Das Programm für Tübingen:

Wir sollten gemeinsam darangehen, Tübingen zu einer mustergültigen Stadt für Integra-

tion zu machen. Das Klima der Weltoffenheit und Toleranz, das die Stadt seit vielen Jahren prägt, ist dafür die beste Voraussetzung. Jetzt müssen wir uns eingestehen, wo dennoch Probleme entstanden sind und diese mit innovativen Lösungen angehen.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die soziale und rechtliche Teilhabe voraussetzt. Integrationspolitik muss daher in den kommunalen Verwaltungen in allen Ressorts und Fachbereichen, bei allen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden.

Ein Schlüssel zur Integration sind ausreichende Sprachkenntnisse. Diese werden am besten schon in frühen Jahren erworben. Deshalb müssen wir dafür werben, dass gerade Eltern, deren Deutschkenntnisse unvollkommen sind, ihre Kinder mit drei Jahren in den Kindergarten schicken. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen so weitergebildet werden, dass sie den neuen Anforderungen der Sprachförderung entsprechen können.

Damit die Kinder Deutsch lernen, müssen auch die Eltern und ganz besonders die Mütter beim Spracherwerb unterstützt werden. Wenn Bund und Land dieser Aufgabe auch weiterhin nicht ausreichend nachkommen und entsprechende Zuschüsse kürzen, müssen wir hier finanzielle Vorleistungen bringen und die Bildungsträger, die Sprachkurse anbieten – zum Beispiel die Volkshochschule – stärker fördern.

Auch wenn die Landesregierung das nicht wahrhaben will: Das dreigliedrige Schulsystem ist ein Relikt der Dreiklassengesellschaft des 19. Jahrhunderts und völlig ungeeignet, die heutige Schülergeneration begabungsgerecht zu fördern. Die Stadt muss deshalb mit mehr Nachdruck darauf drängen, dass die Initiativen für integrative Schulmodelle in Tübingen (wie zum Beispiel die Französische Schule) eine Genehmigung des Kultusministeriums erhalten. Solange das Land von der strikten Dreigliedrigkeit des Schulsystems nicht abzubringen ist, sollte die Stadt mit den Schulen nach eigenen Wegen suchen, die soziale Kluft zu überwinden. Gemeinsame Schulfeste von Hauptschulen und Gymnasien, Patenschaften, Klassenraumtausch und Ähnliches sollten das Bewusstsein entstehen lassen, dass

Hauptschüler nicht dumm und Gymnasiasten nicht arrogant sind.

Die Sommerferien bringen für Kinder, in deren Familien die Umgangssprache nicht Deutsch ist, häufig einen Verlust an Sprachkompetenz mit sich. Erhalten Grundschulkinder hingegen in den Sommerferien eine spezielle Förderung aus Deutschunterricht am Vormittag und Theaterprojekten am Nachmittag, so können sie ihre Sprachkompetenz zwischen den Schuljahren nicht nur erhalten, sondern auch deutlich verbessern. In Deutschland wurden die positiven Effekte solcher Sommercamps durch die wissenschaftliche Begleitung des „Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung“ bestätigt. Falls die Landesregierung die angekündigte Unterstützung solcher Sommercamps realisiert, müssen wir in Tübingen diese Mittel schon für das nächste Jahr abrufen. Der Tübinger Kindersommer muss gerade Kinder mit sprachlichen Defiziten, darunter möglicherweise auch Kinder aus bildungsfernen deutschen Familien, ins Blickfeld nehmen.

Leider erreichen viele Kinder mit Migrationshintergrund in den Hauptschulen nicht die Ausbildungsreife. Die Stadt Stuttgart hat vor drei Jahren in einem sehr erfolgreichen Modellprojekt in den Ruhestand getretene Seniorinnen und Senioren als Paten für solche Jugendliche gewonnen. Im den letzten Schuljahr zeigten die Älteren den Schülerinnen und Schülern, worauf es in der Berufswelt ankommt, und halfen bei der Prüfungsvorbereitung. Die Zahl der Vermittlungen in Ausbildungsplätze konnte dadurch deutlich erhöht werden. Ein solches Projekt zwischen den Generationen und den Kulturen sollten wir auch in Tübingen zusammen mit den Wirtschaftskammern und dem Seniorenrat so bald wie möglich starten.

Die Integrationskraft von Vereinen wird zu Recht immer wieder gelobt. Doch leider nehmen gerade die sozial Schwächsten selten am Vereinsleben teil, sie besuchen auch seltener eine Musikschule. Zum einen schrecken die Gebühren ab, zum anderen fehlt möglicherweise auch das Bewusstsein für den erzieherischen Nutzen. Durch den Ausbau der *Bonus-Card* zu einer Familienkarte und spezielle

Anreize zur Anmeldung von Migrantenkindern in Vereinen und kulturellen Bildungseinrichtungen sollten wir diesen sozial-kulturellen Graben überwinden helfen.

Das Auftreten aggressiver und abgeschotteter Jugendcliquen überwiegend ausländischer Herkunft könnte mit einem solchen systematischen Ansatz vermieden werden. Solange es solche Problemgruppen gibt, muss die Stadt aktiv werden: Streetwork hat sich bei den Punks sehr bewährt. Wir brauchen mehr Schulsozial- und offene Jugendarbeit, um die Jugendlichen, die sich ausgeschlossen fühlen, wieder in die Gesellschaft zurückzuholen. Wo dies notwendig ist, muss allerdings auch auf Regelakzeptanz mit Ordnungskräften hingewirkt werden.

In Tübingen gibt es ein ausgeprägtes Vereinsleben von Migranten. Es muss unser Anliegen sein, es zu fördern und die Migranten und ihre Selbstorganisationen als Partner zu gewinnen. Die Bewältigung der oben skizzierten Herausforderungen liegt auch im Interesse der Migranten, schließlich handelt es sich auch um ihre Kinder und um ihre Stadt. Deshalb sollte auch der Wunsch nach Einrichtung einer Moschee unterstützt werden.

Wir müssen die Potenziale und Qualitäten der Migranten mit ins Blickfeld rücken. Sehr viele von ihnen wachsen von selbst zweisprachig auf. Die Kompetenz in der Herkunftssprache bleibt für die berufliche Entwicklung oft völlig ungenutzt. Zusammen mit den Konsulaten und den Kammern Projekte zur Ergänzung der Kenntnisse in der Umgangssprache durch das Beherrschen von Geschäfts-Türkisch oder Italienisch zu starten, wäre hier ein wichtiger Beitrag. Die Stadtverwaltung selbst sollte, dem Beispiel Bremens folgend, gezielt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen. Das signalisiert den Einwandererkindern, dass Sie hier eine faire Chance bekommen und verbreitert die Kompetenz der Verwaltung.

Ältere Zuwanderer sind oft mit besonderen Problemen konfrontiert, weil sie nur einen beschränkten Zugang zu Informationen haben oder keine für sie angepassten Angebote vorfinden. Das betrifft vor allem Fragen zu Krankheiten und Pflege, aber auch die sensiblen Felder Sterbebegleitung und Bestattungskul-



tur. Ich möchte deshalb ein Projekt „Migration und Alter“ ins Leben rufen, das bereits vorhandene Ansätze aufgreift und ausbaut. Ziel ist es, Menschen mit Migrationshintergrund über die Angebote und Zugangswege zu den Angeboten der Altenhilfe zu informieren und zu beraten. Gleichzeitig sollen die in der Altenhilfe tätigen Fachkräfte in ihrer Arbeit unterstützt werden, indem ihnen Informationen über die Lebenssituation, rechtliche Lage, Religion und kulturelle Besonderheiten der Einwanderer vermittelt werden. Zusätzlich verfolgt das Projekt das Ziel, Migrantinnen und Migranten für das Berufsfeld der Altenpflege zu interessieren.

„Ein ungerechtes Gesetz ist kein Gesetz“ befand schon der Kirchenvater Augustinus. Gesetze, die verlangen, dass in Deutschland

geborene, hier aufgewachsene und bestens integrierte Kinder abgeschoben oder von ihren Eltern getrennt werden müssen, sind in diesem Sinne keine Gesetze. Ich werde als Oberbürgermeister die Ausländerbehörden der Stadt nicht mehr an unmenschlichen Abschiebungen mitwirken lassen. Sollte das Land weiterhin seine Rechtsauffassung an Tübinger Familien demonstrieren, muss es dafür in Zukunft den Streit vor Gericht in Kauf nehmen. Wenn dieser Weg in den Kommunen Schule macht, wird dies auch Druck auf eine längst überfällige Änderung des Rechts ausüben.

Deutschland ist Einwanderungsland – der Wandel zur aktiv gelebten und gestalteten Einwanderungsgesellschaft kann gerade in Tübingen gelingen. Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Ziele und Projekte:

- Tübingen wird eine Stadt sein, in der Menschen verschiedener Kulturen, Herkunft und Ethnizität tolerant und kreativ miteinander leben.
- Tübingen erkennt seinen Nachholbedarf bei der Integration von Migranten aus bildungsfernen Schichten an und entwickelt hieraus Integrationsprojekte.
- Die Verwaltung muss sich interkulturell öffnen und verstärkt Migranten und Migrantinnen einstellen.
- In Tübingen können Kinder mit Migrationshintergrund in den Sommerferien auf Sommercamps ihre Kenntnisse der deutschen Sprache verbessern.
- Tübingen initiiert integrative Schulversuche und durchbricht die Mauern des dreigliedrigen Schulsystems.
- In Tübingens Hauptschulen sollen Patenschaften zwischen Menschen am Ende des Arbeitslebens und Jugendlichen in Abschlussklassen den Weg in den Beruf erleichtern.
- Die Stadt fördert durch eine Familienkarte gezielt die Teilnahme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und einkommensschwachen Elternhäusern am Vereinsleben.
- Tübingen startet ein Projekt „Migration und Alter“, das die besonderen Bedürfnisse von alten Menschen aus anderen Herkunftsländern aufnimmt.

10. Umwelt: Tübingen für ökologische Zukunftspolitik

Die Herausforderung:

Tübingen steht im Ruf, eine „grüne Stadt“ zu sein. Für das ökologische Engagement und Bewusstsein der Menschen stimmt das ganz sicher, aber gemessen an harten Fakten, spielt Tübingen in vielen ökologischen Disziplinen leider nur in der zweiten oder dritten Liga.

Die städtischen Gebäude: schreckliche Energieverschwender. Das Radwegnetz: lückenhaft und gefährlich. Photovoltaik: weit hinter Freiburg oder Rottenburg-Oberndorf. Naturschutz: für Pflege und Erhalt wertvoller Naturräume wird wenig getan. Luftqualität: Europäische Grenzwerte für Luftschadstoffe werden im Stadtgebiet regelmäßig überschritten. Strom-Mix: 20% des Tübinger Stroms stammen aus Atomkraft und 68% aus fossilen Energiequellen. Straßenverkehr: Noch immer kommen 90% der 35.000 Einpendler täglich mit dem Auto in die Stadt. Klimaschutz: Die CO₂-Emissionen verbleiben auf hohem Niveau.

Ökologie war in den letzten Jahren im Rathaus nicht Chef-Sache, sondern nur eine von vielen Randbedingungen. Die Stadt hat im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen weder einen Umweltbericht noch ein Ökokonto.

Das Programm für Tübingen:

Tübingen kann sich zu einer ökologischen Modellstadt entwickeln. Wo, wenn nicht hier, könnte eine Stadtgesellschaft zeigen, wie sich hohe Lebensqualität mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit vereinbaren lässt? Wir müssen gemeinsam dahin kommen, nicht mehr auf Kosten folgender Generationen und der Menschen in ärmeren Teilen der Welt zu leben.

In einer ökologischen Disziplin haben wir Dank der Initiativen von Stadtplaner Andreas Feldtkeller in den 90er Jahren einen internationalen Spitzenrang erreicht: Moderner Städtebau wird in Tübingen so flächenschonend und verkehrsreduzierend vorexerziert, wie kaum sonst in der Republik. Beim Thema Stadtentwicklung habe ich beschrieben, wie wir dieses Know-how ausbauen und noch viel stärker nutzen können. Unter ökologischem

Blickwinkel sollten künftige Stadtentwicklungsbereiche vor allem energetisch besser sein als Loretto, Französisches Viertel und übliche Neubauten.

Es ist heute technisch und wirtschaftlich möglich, Gebäude als „Passivhäuser“ oder „Nullenergiehäuser“ zu errichten. Geheizt wird hier nur noch mit der Sonne, eine klassische Heizung ist nicht mehr notwendig. Gegenüber dem sogenannten „Niedrigenergiehaus“, das bei Neubauten in Tübingen Standard ist, spart ein Passivhaus mit 100m² Nutzfläche immer noch den Gegenwert von 400 Litern Heizöl pro Jahr ein. Unser Ziel sollte es daher sein, Tübingen als Stadt mit anspruchsvollsten solaren Energiekonzepten zu profilieren: Neue Stadt-Quartiere sollen als Solarsiedlungen konzipiert werden, d. h. von Anfang an ohne fossile Heizungen auskommen. „Weg vom Öl!“ muss auch eine kommunale Losung werden. Schon bei den heutigen Energiepreisen rechnet sich der bauliche Mehraufwand in wenigen Jahren. Die Stadt muss dabei helfen, teilweise fehlendes Kapital durch Zugriff auf die existierende Bundesförderung und ein gemeinsames Programm mit den Stadtwerken bereitzustellen.

Bei den städtischen Gebäuden gibt es ein riesiges Einsparpotenzial für Energie und Geld! Pro Jahr heizt die Stadt mehrere hunderttausend Euro buchstäblich zum Fenster hinaus. Hier will ich durch eine Partnerschaft mit dem örtlichen Handwerk, mit Architekten, Ingenieuren, den Stadtwerken und den Banken eine Sanierungsoffensive starten.

Die Stadtwerke müssen noch offensiver als in der Vergangenheit auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen. Mit Land und Universitätsklinik sollen die Stadtwerke das vorhandene Heizwerk auf der Morgenstelle zu einem modernen Kleinkraftwerk umbauen. Städtische Gebäude müssen grundsätzlich für Fotovoltaikanlagen zur Verfügung stehen. Biomasse sollte Gas als Energieträger allmählich ersetzen. Unser Ziel sollte es sein, bis 2020 den Atomstrom in Tübingen vollständig einzusparen und den CO₂-Ausstoß um 20% zu reduzieren.

Für umweltfreundliche Mobilität in Tübingen brauchen wir einen neuen Schub. Der



gute Standard des *TüBus* wurde in den 80er und 90er Jahren aufgebaut. Seit der Einführung des Viertelstundentakts im Jahr 1998 sind keine substanziellen Verbesserungen mehr erreicht worden. Wir brauchen eine neue Qualitäts- und Angebotsoffensive für den *TüBus*.

Die Pläne liegen schon seit langer Zeit in den Schubladen: Wir müssen die auch städtebaulich völlig unbefriedigende Situation am Busbahnhof endlich angehen. Ein neuer Busbahnhof mit einem neuen Verkehrskonzept am Zinser-Dreieck wird den *TüBus* deutlich schneller machen. Die Umsteigebeziehungen zur Bahn und zwischen den Buslinien werden verbessert. Das Bahnhofsumfeld wird erstmals ein Ort, an dem man sich gerne aufhält. An wichtigen Haltestellen in der Stadt werden Fahrgastinformationssysteme installiert, die über Verspätungen und Ausfälle informieren. Die Pünktlichkeit wird durch konsequente Vorfahrt an Ampeln und in Staubereichen verbessert.

So können wir in der Stadt noch mehr Menschen vom Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel überzeugen. Ein wirklicher Quantensprung für den öffentlichen Nahverkehr wäre die Einführung einer *RegioStadtbahn* nach dem Vorbild von Karlsruhe, Kassel oder Heilbronn. Die mittlerweile vorliegende Machbarkeitsstudie belegt, dass dieses Konzept auch im Oberzentrum Reutlingen-Tübingen funktionieren könnte: Mit umsteigefreien Verbindungen von den Wohnbezirken im Umland schnell und bequem am Stau vorbei in die Stadt, das bewegt Einpendler zum Umsteigen auf die Bahn. Leider ist der beste Zeitpunkt für den Bau der notwendigen Ergänzungstrecken zum vorhandenen Eisenbahnnetz verpasst worden. Ohne Zuschüsse des Landes können wir ein solches Projekt nicht finanzieren. Das Land scheint jedoch wild entschlossen, alle Mittel in den Stuttgarter Tunnelbahnhof zu investieren und verweigert der Region Neckar-Alb deshalb die notwendigen Mittel. Solange das so ist, müssen wir in kleinen Schritten weiterarbeiten. Ich halte es für zwingend notwendig, zwischen Sporthalle, Freibad und dem neuen Behördenzentrum Bahnsteige an den Strecken nach Rottenburg und Mössingen zu errichten,

damit dort in Zukunft Züge halten können. Weitere neue Haltepunkte in Bühl und beim Wildermuth-Gymnasium könnten die vorhandenen Bahnstrecken auf Stadtbahnqualität bringen.

Weitaus kostengünstiger als öffentliche Verkehrsmittel sind für die Stadt gute Rad- und Fußwegverbindungen. Daran hapert es. Im Fahrradklima-Index des ADFC landete Tübingen weit abgeschlagen im letzten Drittel. Nirgendwo versteht man das besser, als wenn man durch die Mühlstraße radelt. Die wichtigste Radverkehrsachse in der Stadt ist eine einzige Zumutung und brandgefährlich. Ich will ein durchgängig benutzbares, sicheres und attraktives Radverkehrsnetz in Tübingen schaffen. In der Mühlstraße sollen die Parkplätze einem breiteren Gehweg und einem klar markierten Radweg Platz machen, der auch in die Innenstadt führt. Gefährliche Lücken im Radwegenetz, wie etwa in der Rümelinstraße, müssen geschlossen werden. Attraktive neue Routen wie der Ammerbegleitweg sollen schrittweise entwickelt werden. Die Anbindung der Südstadt muss systematisch verbessert und nicht durch weitere Problem-bauten, wie am „Depot“ geplant, behindert werden. Die verheerende Abstell-situation am Bahnhof und am Freibad muss durch Neu-anlage von Radparkplätzen endlich verbessert werden. Der Fahrrad-tunnel am Schlossberg muss endlich für röhrende und stinkende Mopeds gesperrt werden. Bis in acht Jahren sollen die Tübinger Radlerinnen und Radler unsere Stadt als vorbildlich in der Förderung des Radverkehrs erleben. Ebenso will ich den seit drei Jahren eingemotteten Fußwege-Report aus den Schubladen holen und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Wegebeziehungen angehen.

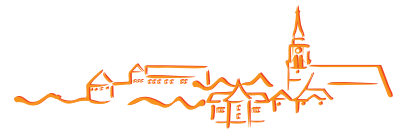
Die Feinstaubbelastung überschreitet in der Innenstadt an den verkehrsreichen Straßen zu oft den EU-Grenzwert. Diese Gesundheitsge-fährdung dürfen wir nicht einfach tatenlos er-tragen. Der Luftreinhalteplan des Regierungs-präsidiums ist ein Papiertiger. Die Stadt muss mehr verlangen und leisten. Es wird Zeit, den Einbahnstraßenring um die Universität aufzu-lösen. Das unnötige Im-Kreis-Fahren kostet nicht nur Zeit und Autokilometer, es verstärkt

auch das Problem der Luftverschmutzung deutlich.

Den Naturschutz in Tübingen will ich stärken. Neue Flächenversiegelungen sollen weitgehend unterbleiben, wichtige Ausgleichs- und Naherholungsflächen erhalten bleiben. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden könnte wesentlich besser sein, bei gentechnikfreien Lebensmitteln und der Vermarktung regionaler Produkte oder dem Erhalt der Streuobstwiesen muss die Stadt aktiver werden. Durch die Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr soll die Entsiegelung von Flächen belohnt werden. Die Gewässerentwicklungspläne und die Biotopkartierung müssen endlich wirksam werden. Ich setze mich weiter dafür ein, den Hausmüll auf der Schiene zur Verbrennungsanlage nach Stuttgart-Münster zu transportieren.

Als großer Waldbesitzer spielt die Stadt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung einer nachhaltigen Forstwirtschaft und muss ihre Gestaltungsmöglichkeiten auch für die Naherholung nutzen. Die ökologische Waldbewirtschaftung entsprechend der Zertifizierungs-Systeme für nachhaltige Waldbewirtschaftung wird fortgeführt. Holz als Baustoff wird bei städtischen Bauten angemessen berücksichtigt und bei privaten Bauvorhaben privilegiert.

Mit mutigen Ideen, dem ökologischen Bewusstsein in der Stadtbevölkerung, einem stark ökologisch geprägten Gemeinderat und einem Oberbürgermeister, dem Ökologie eine Herzenssache ist, können wir Tübingen auf die globalen Herausforderungen von Klimawandel und Energieverknappung vorbereiten.



Ziele und Projekte:

- Tübingen soll seine Rückständigkeit in vielen ökologischen Fragen überwinden und eine Vorbild-Kommune für ökologische Modernisierung werden.
- Tübingen legt ein Programm „Weg vom Öl!“ auf, das von der energetischen Sanierung städtischer Gebäude über den Ausbau der erneuerbaren Energien bis zu Solarsiedlungen auf Brachflächen reicht.
- Tübingen legt einen regelmäßig fortzuschreibenden Umwelt- und Energiebericht vor und richtet ein Ökokonto ein.
- Tübingen nimmt den schlechten Befund des ADFC-Fahrradklima-Tests zum Anlass, ein Radverkehrsprogramm aufzulegen, das sichere und bequeme Verbindungen in und zwischen den Quartieren herstellt.
- In der Mühlstraße werden die Parkplätze gestrichen und Platz für einen breiten Gehweg sowie einen ordentlichen, benutzbaren Radweg geschaffen. Der Fahrradtunnel wird für Mofas gesperrt.
- Tübingen löst den Einbahnstraßenring im Universitätsviertel auf und vermindert so die Verkehrsmenge und die Luftbelastung.
- Tübingen verbessert Qualität und Pünktlichkeit des *TüBus*. An den Bahnstrecken in der Stadt werden neue Haltepunkte eingerichtet und das Projekt *RegioStadtbahn* wird vorangetrieben.
- Tübingen engagiert sich als Kommune gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln und für den Erhalt der heimischen Streuobstwiesen.

Boris Palmer

Wahlkampfbüro

Rümelinstraße 8

72070 Tübingen

Tel.: 0 70 71 / 25 44 02

Fax: 0 70 71 / 2 10 26

E-Mail: ob@boris-palmer.de
www.boris-palmer.de

Sonderkonto OB-Wahl:

GRÜNE KV Tübingen

Kontonummer 12 59 434

Kreissparkasse Tübingen

BLZ 641 500 20



Ideen finden Stadt

Offen. Ökologisch. Tüpisch.